

5 Die kurdische Selbstverwaltung zwischen 2003 und 2018

Mit der Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein im Jahr 2003 begann für die Kurden im Irak und in der ARK eine neue politische Phase, standen sie doch nun nicht mehr unter dem internationalen Embargo und konnten an der Regierungsbildung im Irak mitwirken. Insbesondere die amerikanische Unterstützung führte zu signifikanten Änderungen in der ARK; allein im Sommer 2003 wurden mehr als 1,4 Milliarden US-Dollar nach Erbil geschickt. Da sowohl die DPK als auch die PUK eine eigene Verwaltung etabliert hatten, wurde der Betrag aufgeteilt: Die PUK-Regierung in Sulaimaniya unter der Führung von Barham Saleh bekam 600 Millionen und die DPK-Regierung in Erbil unter der Regentschaft von Nechirvan Barzani 800 Millionen US-Dollar (Ala'Aldeen 2013, 95). Die Teilung des irakischen Kurdistan in zwei Einflusszonen, die offiziell im Jahr 1996 begonnen hatte, dauerte bis zum Jahr 2006 an. In Erbil bildete die DPK in dieser Zeit zwei Regierungen. Dabei konnte Nechirvan Barzani vom Dezember 1999 bis zum Juni 2005 als Regierungschef agieren. Die PUK stellte aufgrund der verschiedenen Flügel in der Partei vier Kabinette auf: Von Oktober 1996 bis Januar 2001 standen zwei Kabinette unter der Führung von Kosrat Rasul Ali, die Regierung von Barham Saleh dauerte von Januar 2001 bis Juli 2004 an, und von Juli 2004 bis Juni 2005 wurde Omar Fattah Hussein Premierminister (ebd., 92 ff.). Dadurch gelang es der PUK nicht, eine nachhaltige Strategie für ihr Einflussgebiet zu entwickeln. Stattdessen war die DPK, die sehr zentralistisch organisiert ist und von der Barzani-Familie kontrolliert wird, in der Lage, in ihrem territorialen Kontrollbereich sowohl wirtschaftlich als auch politisch eine gewisse Stabilität zu gewährleisten.

Zu erwähnen ist zudem, dass die DPK über die meisten Ressourcen in der ARK verfügte, weil sie den irakisch-türkischen Grenzübergang Ibrahim-Khalil kontrollierte und somit beträchtliche Zolleinnahmen generieren konnte. Unter anderem aufgrund von Spannungen mit der PKK baute die DPK gute Beziehungen zur Türkei als direktem Nachbarstaat auf der anderen Seite der Grenze auf. So konnte die gelbe Zone sich besser als die grüne Zone entwickeln und mehr in die Infrastruktur des Landes investieren. Die Verfügungsmacht über Erbil als Hauptstadt der ARK verlieh der DPK zudem eine grössere regionale und internationale Anerkennung – dies alles jedoch auf Kosten der freien Meinungsäußerung und der politischen

Rechte. So entstand in Erbil eine Medienlandschaft, die weitgehend unter der Kontrolle der DPK war. In Sulaimaniya war hingegen die Ausbreitung verschiedenster Medienorgane zu beobachten, die der PUK gegenüber kritisch eingestellt waren. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass die Stadt Sulaimaniya bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Heimatstadt des kurdischen Journalismus und der kurdischen Literaturvielfalt gewesen war.

Die neuen Gegebenheiten im Irak und das «Washingtoner Abkommen» von 1998 führten schliesslich dazu, dass die DPK und die PUK sich vermehrt einander annäherten und Ende 2004 eine neue Übereinkunft trafen. Damit begann eine neue politische Epoche in der ARK, die mehr Sicherheit und Stabilität mit sich bringen und die jahrelange Feindschaft zwischen der DPK und der PUK beenden sollte. Doch bevor es so weit war, kam es zu neuen Streitigkeiten zwischen der DPK und der PUK über das zukünftige politische System der ARK. Während die PUK ein parlamentarisches System präferierte, pochte die DPK darauf, dass das System präsidentiell sein und der Präsident direkt vom Volk gewählt werden sollte. Ferner wünschte die PUK, dass das Oberhaupt der ARK in allen wesentlichen Belangen einen Vizepräsidenten haben sollte; die DPK bestand hingegen darauf, dass es nur einen Vizepräsidenten geben solle. Diese und weitere Meinungsunterschiede konnten zugunsten der DPK beseitigt werden, weil insbesondere Jalal Talabani, der bereits seit April 2005 den Posten des irakischen Präsidenten bekleidete, sich gegen seine Rivalen innerhalb der PUK behauptete. Die DPK versprach ihrerseits, sie werde alles daransetzen, dass er auch nach den Parlamentswahlen im Irak Ende 2005 Präsident bleibe – Talabani befürchtete, nicht wiedergewählt zu werden (Hawlati, 25.05.2005, 225, 1 und 5).

Der Neustart in der ARK wurde so mehrheitlich von der DPK und einem Teil der PUK um Jalal Talabani getragen. Dass dieses politische Arrangement, das inoffiziell nicht einmal die Mehrheit des Politbüros und der Mitglieder der PUK hinter sich hatte, keine langfristige Perspektive haben würde, zeigten die Entwicklungen und Spannungen in der ARK schon ab dem Jahr 2005. Eine Einigkeit der beiden Parteien war jedoch notwendig, damit sich die kurdischen Fraktionen im neuen Irak günstig positionieren und die Wahlen in der ARK durchgeführt werden konnten. Die Peschmerga-Einheiten, die Sicherheitskräfte, die lokale Polizei und die vielen Kontrollposten in der ARK stehen unter der Kontrolle der DPK oder der PUK – ohne diese beiden Parteien, die noch heute in ihren Einflussgebieten nahezu alles kontrollieren, geht im irakischen Kurdistan

nichts voran. Die Einigkeit war daher für die ARK ein zweckmässiger und notwendiger Schritt, um Fortschritt, Prosperität und politische Stabilität gewährleisten zu können. Zudem brachte die Annäherung der DPK und der PUK mehr Sicherheit für die kurdische Zivilbevölkerung mit sich und konnte deren ständige Angst vor erneuten militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien beruhigen. Zu einer vollständigen Beseitigung des Misstrauens innerhalb der verschiedenen kurdischen Fraktionen führte der neue politische Prozess allerdings nicht. Dr. Mahmud Othman, der sich seit mehreren Dekaden für die Kurdenfrage im Irak einsetzt, beurteilt die Entwicklungen in der ARK zwischen 2003 und 2018 folgendermassen:

«Die ARK hat eine historische Gelegenheit erhalten, weil sie unter Saddam zerstört wurde. [...] Für die ARK war der Sturz von Saddam ein grosser Gewinn. [...] Das Problem von uns ist, dass die zwei Parteien, die seit 2003 an der Macht sind, zerstritten sind. Sie sind noch heute zerstritten. Entsprechend gab es keine gemeinsame kurdische Front, die dafür sorgt, dass die ARK einheitlich regiert wird. Es gab zwei Zonen: Auf der einen Seite war die PUK an der Macht und auf der anderen Seite die DPK. Es gibt diese zwei Zonen noch heute. Da diese zwei Parteien, die an der Macht waren, verfeindet waren, konnte man diese Gelegenheit nicht gut für die ARK nutzen. Es kam sogar zu weiteren Problemen zwischen diesen Parteien. Trotz alledem war die Entwicklung nicht schlecht: Es gibt eine Regierung, ein Parlament wurde gewählt. Es hat sich langsam ein System gebildet, das in manchen Bereichen einige Dinge bewirkt hat, auch wenn es mangelhaft ist. Aber wenn es einheitlicher wäre, wäre mehr möglich gewesen. Anstatt dass eine Partei sich an die Türkei wendet, eine andere an Iran und eine dritte an ein anderes Land, sollte dies die Vertretung der Regierung und des Parlaments tun. Wenn alle wichtigen Parteien an den Entscheidungen beteiligt wären, könnte die ARK viel mehr Fortschritte erzielen. Bei uns ist eine eng konzipierte Parteipolitik vor die Kurdenpolitik getreten» (siehe Anhang 4).

5.1 Das Abkommen zwischen Masud Barzani und Jalal Talabani von 2004

Am 1. Dezember 2004 traten Talabani und Barzani vor die Medien und erklärten, dass sie aus Liebe zur kurdischen Bevölkerung eine historische Vereinbarung über die Verteilung der Posten im Irak und in der ARK getroffen hätten. Der Inhalt dieses Abkommens blieb jedoch laut Angaben

von N. M. Amin, dem Vizechef der PUK, für die PUK-Funktionäre lange geheim, und er selbst wusste über den genauen Inhalt der Abmachung nichts (Amin 2013c, 2–3). So versuchten einige Mitglieder des Politbüros der PUK, Talabani davon zu überzeugen, nicht wegen eines wichtigen Postens im neuen Irak zu viele Konzessionen an die DPK zu machen (ebd., 3 ff.). Talabani selbst behauptete, die Einheit der Kurden sei für ihn wichtig, nicht die politischen Posten in Bagdad (Rashid 2017a, 367–68). Die Medien der beiden Parteien meldeten schliesslich am 2. Dezember 2004, dass die DPK und die PUK eine historische politische Übereinkunft getroffen hätten (Kurdistani Nwe, 02.12.2004, 3536, 1–2; Xebat, 02.12.2004, 1637, 1–2). Darin wurde unter anderem vereinbart, dass die DPK und die PUK mit einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen im Irak und in der ARK antreten würden. Masud Barzani würde Präsident der ARK und Jalal Talabani entweder Präsident oder Regierungschef des Irak; der Posten des Parlamentspräsidenten der ARK würde an die PUK und derjenige des Premierministers an die DPK gehen. Des Weiteren wurde beschlossen, die auf 111 aufgestockten Sitze des Parlaments der ARK wie folgt zu verteilen: Die DPK und die PUK sollten je 41 Sitze, die Minderheiten in der ARK zehn und die anderen Parteien die restlichen Sitze erhalten (Hawlati, 01.12.2004, 201, 1). Es wurde ferner festgelegt, dass auch andere kurdische Parteien für die Liste der DPK und der PUK gewonnen werden sollten (ebd.).

Auf der Basis dieses Abkommens kam es am 30. Januar 2005 neben den Wahlen im gesamten Irak zum Urnengang in den drei Provinzen der ARK: Erbil, Sulaimaniya und Dohuk. Kurdische Wahlberechtigte in den Provinzen Kirkuk, Mossul und Diyala hatten kein Anrecht darauf, an den Parlamentswahlen in der ARK teilzunehmen, weil ihr Status noch nicht geklärt war. Gleichzeitig wurden die Provinzräte gewählt. Die Wahlen in der ARK, die in Form einer Proporzwahl durchgeführt wurden, konnte die Liste des «Patriotischen Demokratischen Kurdistan», die unter anderem aus der DPK, der PUK, der IUK, den assyrischen und turkmenischen Minderheiten, der Sozialistischen Partei Kurdistan (SPK) und der KPK bestand, klar für sich entscheiden. Diese Liste kam auf 104 Sitze, die IKG als grösste Oppositionskraft auf sechs und die Liste «Unabhängige und Proletariat» auf einen Sitz (Mezhwy Halbzhardny Khwly Dwham 2005). Bei den Kommunalwahlen konnte die DPK die Provinzen Erbil und Dohuk gewinnen, während die PUK in Sulaimaniya und gemeinsam mit der DPK und anderen Parteien in Kirkuk die meisten Stimmen erhielt (Kurdistani Nwe, 14.02.2005, 3596, 1–2). Die UNO meldete allerdings in einem Bericht über die Parlamentswahlen im Irak, dass in den drei Provinzen der ARK

sowie in den Provinzen Mossul und Babel am meisten gefälscht worden sei. Sie setzte sogar diese fünf Provinzen auf eine schwarze Liste, um so bei den nächsten Wahlen mehr unabhängige Beobachter dorthin schicken zu können (Hawlati, 03.08.2005, 235, 1).

Die DPK und die PUK errangen damit die totale Kontrolle über die ARK; Erstere konnte 40, Letztere 38 Sitze des Parlaments für sich beanspruchen (Ala'Aldeen 2013, 104). Zwar wären sie auch ohne Wahlen die stärksten politischen Kräfte, weil sie die militärischen Ressourcen der ARK stellen und die kurdische Region keine eigene Armee hat. Doch das Abkommen zwischen den beiden Parteien hatte zur Folge, dass die Legitimität der Herrschaftsfamilien von Barzani und Talabani gesichert werden konnte. Ferner führte die Einigung dazu, dass die DPK sowohl den Posten des Präsidenten als auch jenen des Regierungschefs der ARK ins Auge fasste. Zudem forderte die DPK für den Fall einer möglichen gemeinsamen kurdischen Regierung die Posten der Ministerien für Finanzfragen und Peschmerga-Angelegenheiten. Vehement gegen diese Bedingungen waren seitens der PUK unter anderem N. M. Amin und seine Gefolgsleute; Amin sah sie als unannehmbar an (Amin 2013c, 9 ff.). Bei zahlreichen Sitzungen, auf denen DPK und PUK die zukünftige Gestaltung der ARK und der Beziehungen der beiden Parteien besprachen, stellte Amin sich ständig gegen die vielen Zugeständnisse der PUK (ebd.). Doch Talabani hörte nicht auf seine Gegner innerhalb der PUK, weil er nach mehreren Dekaden des Konfliktes mit der Barzani-Familie endlich Frieden haben wollte und zudem beabsichtigte, Präsident des Irak zu werden; an der ARK hatte er entsprechend wenig Interesse. Zudem war er im Jahr 2005 über 72 Jahre alt. Amin war von ihm enttäuscht, weil Talabani aus seiner Sicht die PUK gravierend schwächte und die ARK der DPK überliess (ebd., 49 ff.).

Die Streitigkeiten innerhalb der PUK über die Neugestaltung der ARK und die Verteilung der Posten führten dazu, dass das neu gewählte Parlament seine Arbeit nicht aufnehmen konnte. Auch eine Übereinkunft zwischen Talabani und Barzani vom Februar 2005, die den Rahmen der künftigen Ordnung in der ARK und die Verteilung der wichtigsten Ämter festlegte, konnte den politischen Prozess nicht beschleunigen (Hawlati, 09.02.2005, 211, 1; Kurdistani Nwe, 04.02.2005, 3588, 1). Weitere Sitzungen und Briefwechsel zwischen Talabani und Barzani hatten schliesslich zur Folge, dass Talabani den Präsidentenposten des Irak und Barzani jenen der ARK bekam. Es wurde auch entschieden, dass der Regierungschef aus den Reihen der DPK kommen solle. So gewann die DPK aus der Sicht von N. M. Amin den politischen Machtkampf gegen die PUK dank Jalal Talaba-

ni, weil dieser allzu fahrlässig alle Bedingungen der DPK akzeptierte (Amin 2013c, 49 ff.). Am 4. Juni 2005 wurde unter Beteiligung des irakischen Präsidenten, Jalal Talabani, und des Präsidenten der DPK, Masud Barzani, die erste Versammlung des kurdischen Parlaments durchgeführt und Adnan Mufti von der PUK zum Parlamentspräsidenten ernannt (Kurdistani Nwe, 05.06.2005, 3689, 1).

Am 12. Juni 2005 wählte das kurdische Parlament Masud Barzani einstimmig zum Präsidenten der ARK (Kurdistani Nwe, 13.06.2005, 3696, 1). An Barzanis Vereidigung am 14. Juni 2005 nahmen, neben Talabani und weiteren Vertretern der irakischen Parteien, zahlreiche Repräsentanten der regionalen, aber auch anderer Staaten teil (Kurdistani Nwe, 15.06.2005, 3698, 1; Xebat, 15.06.2005, 1743, 1). N. M. Amin blieb der Amtseinführung von Barzani hingegen fern, weil er das Gesetz über die Präsidentschaft der ARK harsch kritisierte (Amin 2013c, 50 ff.). Dieses war tatsächlich mangelhaft und gab dem Oberhaupt der ARK weitreichende Kompetenzen. So sieht Artikel 1 vor, dass der Präsident der ARK auch der Präsident der Verwaltungsführung der ARK ist (Yasay Sarokayety Haremy Kurdistan 2005). Artikel 2 gibt dem Präsidenten die Befugnis, sowohl in inneren als auch in auswärtigen Angelegenheiten im Namen der ARK zu handeln. Zudem arbeitet er gemäss Gesetz mit den Behörden der ARK und der föderalen Regierung zusammen. Des Weiteren sehen Artikel 10 mit insgesamt 18 Absätzen und Artikel 13 umfangreiche Machtbefugnisse für den Präsidenten der ARK vor. So ist er der Oberbefehlshaber der kurdischen Peschmerga-Einheiten; er kann die Gesetze des Parlaments revidieren oder ablehnen, Amnestien aussprechen und den Ausnahmezustand erklären; er kann zulassen, dass die Kräfte der irakischen Regierung in die ARK gesandt werden; er ist zuständig für die Ernennung der Richter und der Staatsanwaltschaft und kann militärische Ränge verleihen. Zudem bekam der Präsident im Juli 2005 eine Kanzlei, die ebenfalls ein bedeutender Machtfaktor ist, weil der Präsident der Kanzlei unter anderem an den Sitzungen der kurdischen Regierung teilnehmen darf (Yasay Diwany Sarokayety Haremy Kurdistan 2005).

So starteten die kurdischen Gruppierungen von vornherein mit einem Manko in eine neue Epoche, weil sie nicht alle wichtigen Akteure und Kräfte für ihren Verbund gewinnen konnten. Der Neubeginn war dennoch erforderlich, um politisch voranzukommen und die Stabilität der ARK zu gewährleisten. Er führte auch dazu, dass sich die Menschen frei zwischen den verschiedenen Einflusszonen der DPK und der PUK in der ARK bewegen konnten, was zuvor nicht der Fall gewesen war. Eine grosse Schwäche

der Übereinkunft zwischen der DPK und der PUK war allerdings, dass Jalal Talabani, der bei der Unterzeichnung des Bündnisses über 70 Jahre alt war, sie fast im Alleingang ermöglichte. Wäre er gestorben oder hätte er sich aus dem politischen Prozess zurückgezogen, wäre nicht nur die Beziehung zwischen der DPK und der PUK bedroht gewesen, sondern auch die Zukunft der ARK, falls die DPK keine Bereitschaft gezeigt hätte, die Macht neu zu verteilen. Der Schritt war aber unverzichtbar, um die kurdischen Gebiete im Irak tatsächlich und offiziell in eine einheitliche autonome Region umwandeln zu können. Ohne innere Einigkeit hätten die kurdischen Akteure ohnehin nicht von Bagdad verlangen können, dass die irakische Verwaltung und die Verfassung für die Bildung föderaler Strukturen auch in anderen Teilen des Irak sorgen sollten. Des Weiteren nahm der politische Prozess in der ARK ab 2005 Fahrt auf, als bekannt gegeben wurde, dass die Regierungen der DPK und der PUK sich vereinigen und neu im Namen des fünften Kabinetts der kurdischen Regierung agieren würden.

5.2 Eine neue Ära in der Autonomen Region Kurdistan im Jahr 2006

Nach mehreren Sitzungen einigten sich die DPK und die PUK im Oktober 2005 darauf, dass sich die zwei Verwaltungen in der ARK zusammenschließen würden. Ein Streitpunkt blieb, wie lange die Amtsdauer des Regierungschefs und des Parlamentspräsidenten sein sollte (Hawlati, 05.10.2005, 244, 1). Die PUK bestand darauf, dass diese zwei Posten nach zwei Jahren rotieren sollten, um selbst auch den Posten des Premierministers übernehmen zu können. Eine definitive Vereinbarung über die Neugestaltung der ARK und eine Zusammenführung der DPK- und PUK-Regierungen fanden jedoch erst im Januar 2006 statt. Unter der Überschrift «Gratulation an das kurdische Volk zur Vereinigung der beiden Verwaltungen» verkündete «Xebat», es sei eine Übereinkunft zwischen der DPK und der PUK getroffen worden (Xebat, 08.01.2006, 2025, 1). In einer Rede erklärte Masud Barzani, dieses Abkommen sei ein Festgeschenk für die kurdische Bevölkerung und die Familien der stolzen Märtyrer (ebd., 1–2). Die Wortwahl ist bemerkenswert, weil sie nicht auf Reumütigkeit der Anführer der DPK und der PUK hindeutet, sondern darauf, dass die Chefs der beiden Parteien die eigenen Fehler als einen Sieg verkaufen wollten.

Um die Glaubwürdigkeit des fünften Kabinetts der ARK zu stärken und ein Aufkommen oppositioneller Gruppierungen zu vermeiden, bestanden die DPK und die PUK darauf, dass alle wesentlichen politischen Parteien

an der Regierungsbildung teilnahmen. Doch die kleineren Parteien, beispielsweise die IUK, lehnten mehrmals ab, mit nur einem Ministerium abgespeist zu werden (Hawlati, 01.02.2006, 259, 1). Zudem war die PUK nicht bereit, an der neuen Regierung teilzunehmen, bevor definitiv über die politischen Posten der PUK in Bagdad entschieden worden war (Hawlati, 19.04.2006, 270, 1). So zog sich die Regierungsbildung in die Länge, weil die DPK und die PUK ihre Streitigkeiten nicht aus Überzeugung und angesichts der dringenden Lage beseitigen wollten, sondern danach strebten, die Macht unter sich zu teilen und von den neuen Gegebenheiten im Irak zu profitieren. Nicht ein aufrichtiges Engagement in der Kurdenfrage, wie sie es gerne glauben machten, war das Motiv ihres Handelns, sondern die Aufteilung der politischen Posten – und damit verbunden der finanziellen Bereicherungsmöglichkeiten – unter sich: «Anstatt eine nationale Strategie für die Unabhängigkeit im Irak zu entwickeln, sind die Kurden nach 2003 den persönlichen, parteipolitischen und materiellen Interessen sowie den politischen Ämtern im Irak hinterhergelaufen. Damit meine ich namentlich die kurdische Elite und die kurdischen Herrscher», so beurteilt T. Karim die Politik der DPK und der PUK nach 2003 (siehe Anhang 14).

Am 7. Mai 2006 konnte schliesslich die neue gemeinsame Regierung bekannt gegeben und im Parlament vereidigt werden. Während die DPK und die PUK diesen Schritt als eine grosse Errungenschaft feierten, kritisierten viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier, darunter auch einige aus den Reihen der PUK, die Wahlprozedur im Parlament, weil sie nicht geheim war: «Wenn die Abstimmung im Parlament geheim gewesen wäre, hätte die Einheitsregierung nicht genügend Stimmen erhalten», so die Schlagzeile von «Hawlati» über die neue Verwaltung in der ARK (Hawlati, 10.05.2006, 273, 1). Aufschlussreich ist zudem, dass die Regierung unter der Führung von Nechirvan Barzani aus 41 Ministerinnen und Ministern bestand und zwei Ministerien für grösstenteils gleiche Angelegenheiten vorgesehen waren (vergleiche dazu das offizielle Amtsblatt der ARK, *Waqai'y Kurdistan*, vom 16.07.2006, 61, 15–16). Diese Postenverteilung war kaum tragfähig, weil die ARK eine Region mit nur etwa siebeneinhalb Millionen Einwohnern und mit einer Grösse von knapp über 46 800 Quadratkilometern ist. Aus Sicht der DPK und der PUK war sie aber notwendig, um alle bedeutenden Parteien an der Regierung zu beteiligen, ohne selbst auf eigene Ministerposten zu verzichten. Dass eine solche Verwaltungsführung ineffizient war und enorme Geldsummen verschlang, scheint die herrschenden Parteien in der ARK nicht interessiert zu haben. Jawher Namiq Salem, der frühere Generalsekretär der DPK und der erste Parlamentspräsident in

der ARK, zweifelte entsprechend am Willen der DPK und der PUK, die Spaltung der ARK wirklich zu überwinden, und bezeichnete ihre Übereinkunft als «Ehe auf Zeit» (Hawlati, 12.04.2006, 269, 1).

Auch die Beschäftigungspolitik der DPK und der PUK führte von Beginn an dazu, dass die öffentliche Verwaltung anschwell, sorgten doch nun die zwei Parteien dafür, dass in den meisten Ministerien und Verwaltungseinheiten jeweils ihre Gefolgsleute und Anhänger angestellt wurden. Darüber hinaus wurden Parteimitglieder wie Regierungsangestellte behandelt und erhielten entsprechende Löhne. Folglich waren jene Menschen in der ARK mit der anfänglichen Politik der beiden Parteien zufrieden, die davon profitierten. Es wurde allerdings auch einiges an guter Arbeit geleistet, wie der Bau von Strassen, Flughäfen, Universitäten, Schulen, Freiheitsräumen, Spitälern und öffentlichen Einrichtungen, die der zuvor durch Kriege zerstörten ARK ein neues Gesicht gaben. Die ARK erlebte eine Blütezeit, und die Sicherheit nahm dank der besseren Kooperation der beiden Parteien zu. «Im wirtschaftlichen Bereich hat Kurdistan Fortschritte erzielt. Das kann man anhand der Daten, die ich hier nicht zur Verfügung habe, feststellen. Wie viele Schulen und Krankenhäuser gab es 2003 und wie viele gibt es heute? Die Daten habe ich nicht bei mir, aber der Unterschied ist sehr gross. Schau, wie sich die Städte entwickelt haben, wie viele Universitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebaut wurden», so Divisionär B. M. Sidiq zur Lage der ARK nach 2003 (siehe Anhang 11).

Des Weiteren erhielten auch die kleineren Parteien die Gelegenheit, ihren Gefolgsleuten öffentliche Gelder zuzuschancen. Das alles war möglich, weil die ARK neben eigenen Einnahmen auch viele Gelder aus Bagdad und den USA erhielt. Karwany geht wie folgt auf diese Thematik ein: «Was dazukam, war der Umstand, dass Kurdistan nach 2003 einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte. Es kamen sehr viele Ölgelder nach Kurdistan und dadurch stieg die Anzahl der Lohnbezieher der Regierung überproportional an. Die DPK und die PUK haben die öffentlichen Gelder dazu verwendet, Leute zu kaufen und den öffentlichen Sektor auf eine abnormale Art und Weise anschwellen zu lassen» (siehe Anhang 9). Das war, wie Karwany im Rahmen des Interviews beschrieb, ein grosses Problem, weil dadurch nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer politischen, sondern auch einer wirtschaftlichen Krise zunahm. So mussten etwa ein Rückgang des Ölpreises oder Unstimmigkeiten mit Bagdad unabsehbare Auswirkungen auf die Stabilität der ARK zur Folge haben. Karwany bezeichnet die ARK entsprechend, wie im letzten Kapitel erwähnt wurde,

als einen «Wohnkomplex», der ohne Unterstützung der Aussenwelt nicht überleben könne (siehe Anhang 9).

Trotz all dieser Mängel markierte das Jahr 2006 eine politische Wende im irakischen Kurdistan, nicht nur, weil die kurdischen Fraktionen nun in Bagdad einheitlich auftraten, sondern auch, weil die Wahrscheinlichkeit erneuter Kampfhandlungen zwischen der DPK und der PUK markant sank und dadurch politische Stabilität entstand. Zudem ermöglichte die neue Epoche die Aufnahme der Arbeit durch ein stabiles Parlament und eine stabile Regierung. So konnte auch eine Entwicklungspolitik begonnen werden, wenngleich sie in erster Linie darauf abzielte, dass sich ein Teil der Zivilbevölkerung wohlfühlte, und nicht darauf, eine gemeinsame, gruppenübergreifende Identität zu schaffen. Eine weitere Schwäche der neuen Ära war, dass zwar alle bedeutenden kurdischen politischen Parteien an der Regierungsbildung teilnahmen, aber die grundlegenden Entscheidungen noch immer von der Führung der DPK und der PUK getroffen wurden. Insgesamt konnte die ARK so in einigen Belangen Fortschritte erzielen, weil ihr ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung standen, mangels der Souveränität ihrer politischen Institutionen gelang es aber nicht, eine langfristige Strategie zu entwickeln. Die eigentlichen Entscheidungsträger blieben Masud Barzani und Jalal Talabani – wobei Barzani als Präsident der ARK einen grösseren Einfluss auf die dortigen politischen Geschehnisse hatte.

Während die PUK aufgrund zunehmender Spannungen zwischen Jalal Talabani und N. M. Amin im Oktober 2006 alle Organe der Partei darüber abstimmen liess, wer die Partei zukünftig führen solle, kontrolliert die Barzani-Familie seit den 1960er Jahren die DPK und ist der alleinige Entscheidungsträger der Partei. Amin verlor die PUK-Wahlen gegen Talabani und entschied sich, zwar mit seinen Anhängern in der Partei zu bleiben, aber eine eigene Fernsehstation und eigene Medienorgane zu gründen (Hawlati, 01.11.2006, 298, 1). Anfang Dezember 2006 gab N. M. Amin dann bekannt, dass er sich als Vizechef der PUK zurückziehen und dem Aufbau eines neuen Medienunternehmens widmen werde (Hawlati, 06.12.2006, 303, 1). Nach ihm traten weitere hochrangige Mitglieder der PUK zurück und schlossen sich N. M. Amin an. Mitte Dezember 2006 hiess es, N. M. Amin wolle ein Medienunternehmen namens *Wusha* («Wort») gründen, das alle Arten von Medien umfassen sollte. Zu diesem Zweck bezog er ein neues «Hauptquartier» auf einem grossen Hügel mit voller Infrastruktur inmitten der Stadt Sulaimaniya. Viele weitere Gebäude in der Stadt Sulaimaniya und ausreichende Mittel standen ihm ebenfalls zur Verfügung, um

die Angestellten und das Unternehmen zu finanzieren (Hawlati, 13.12.2006, 304, 1). Woher er die finanziellen Mittel hatte, um eines der grössten Unternehmen in der ARK aufzubauen, ist sowohl eine Frage als auch eine Kritik an N. M. Amin gewesen. Ungeachtet dessen war dieser Schritt der Beginn der Abspaltung von N. M. Amin von der PUK und des späteren Aufstiegs der Opposition in der ARK.

Nicht nur N. M. Amin war mit den Entwicklungen in der ARK unzufrieden, sondern auch andere Parteien, die zwar an der Regierung beteiligt waren und Mitglieder im Parlament hatten, sich aber von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten. So verlangten Anfang 2007 die Parteichefs von IUK, IGK, SPK, KPK und «Proletariat» in einem Memorandum, das an das Präsidium der ARK gerichtet war, diese Parteien an der wirklichen politischen Entscheidungsfindung der ARK zu beteiligen. Zudem forderten sie die Gründung eines «nationalen politischen Rates», der die Kompetenz haben sollte, wichtige Beschlüsse zu fassen. Ihre Vorstellungen fanden nach einer Sitzung mit dem Präsidenten der ARK Gehör (Hawlati, 24.01.2007, 310, 1). Tatsächlich entschieden die Chefs der erwähnten Parteien gemeinsam mit der DPK, der PUK und den Minderheiten in der ARK, einen politischen Rat zu etablieren, der aus den Präsidenten dieser Parteien bestehen sollte. Dieser Entscheidung wurde von Politikbeobachtern und kleineren Parteien harsch kritisiert, weil sie dadurch die Rolle des Parlaments infrage gestellt sahen (Hawlati, 07.03.2007, 216, 1–2). Die Befürworter des Projektes argumentierten hingegen, es sei allen bekannt, dass in der ARK die bedeutsamen Entscheidungen von den Parteichefs und nicht von den politischen Institutionen getroffen würden (ebd.). Dieser Schritt aller Regierungsparteien zeigt, dass sie an der Fähigkeit der Volksvertretung und der eigenen Regierung zweifelten, die Entwicklungen in der ARK gemäss einer parlamentarischen Demokratie gestalten zu können.

Die Unzufriedenheit der Menschen und der Verwaltungsführung in der Provinz Sulaimaniya nahm allerdings zu, weil die Regierung in Erbil in ihren Augen ihre Region vernachlässigt hatte (Hawlati, 24.01.2007, 310, 1). So geriet das neue Zeitalter in der ARK insbesondere im regionalen Machtbereich der PUK unter Druck und offenbarte erste Schwächen. Auch der Parlamentspräsident A. Mufti kritisierte nicht nur die Regierung, weil sie die Probleme des Strom- und Brennstoffmangels nicht zu lösen vermochte, sondern auch Parlamentsmitglieder, die aus seiner Sicht ihre Aufgaben nicht gut erledigten (Kurdistani Nwe, 24.01.2007, 4176, 1). Da sie monatlich mehrere Tausend US-Dollar bezogen, sah die kurdische Zivilbevölkerung das Parlament als einen Ort der Bereicherung an. Zudem sorgten die stän-

digen Diskussionen über die Machtlosigkeit des Parlaments dafür, dass die Institutionalisierung der ARK von Beginn an keine breite Unterstützung fand, weder bei den politischen Parteien noch bei einem grossen Teil der kurdischen Zivilbevölkerung. Mit Blick auf die Rolle und Leistungsfähigkeit des Parlaments kommt Mamosta Jaafar zu folgender Einschätzung:

«Was wir haben, ist eine Region, die die Menschen ein wenig verbindet, und ein Parlament, das leider keine Befugnisse hat. Seine Entscheidungen werden nicht einmal im Parlamentsgebäude umgesetzt: 2006 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das das Rauchen im öffentlichen Raum wie Restaurants, Cafeterias usw. verboten hat. Das Gesetz konnte jedoch nicht umgesetzt werden. Die Leute rauchen jetzt im Parlamentsgebäude (*lacht*)» (siehe Anhang 10).

Die zunehmenden kritischen Stimmen der privaten Medien, der kleineren Parteien und neuerdings der Gefolgsleute von N. M. Amin trugen dazu bei, dass die Unzufriedenheit unter den unteren und mittleren Schichten in der ARK zunahm. Berichte über Korruption und Vetternwirtschaft erreichten die Menschen in der ARK und setzten die Regierung weiter unter Druck. Aufgrund der Tatsache, dass auch Teile der Mitglieder und Organe der PUK sporadisch die Arbeit der Regierung kritisierten, weil sie von Beginn an mit der neuen Ordnung nicht zufrieden waren, wurde die DPK besonders stark für die Missstände in der ARK verantwortlich gemacht. Zudem nahmen die Diskussionen innerhalb der PUK über einen angemessenen Umgang mit der DPK auch nach der Abspaltung von N. M. Amin nicht ab. Die Verabredung, dass der Posten des Premierministers nach zwei Jahren von der DPK an die PUK übergehen sollte, führte zu Spannungen zwischen dem Lager von Jalal Talabani und einem Teil der PUK-Führung, der sich «Reform-Flügel» nannte. Während Jalal Talabani darauf bestand, dass Nechirvan Barzani von der DPK bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2009 Regierungschef bleiben sollte, um die Arbeit der Regierung zu Ende führen zu können, verlangten die Gegner dieses Vorschlages, dass die PUK im Jahr 2008 diesen Posten übernehmen müsse (Hawlati, 30.12.2007, 383, 1). Doch auch dieses Mal konnte sich Talabani durchsetzen und die Regierung bis zum nächsten Urnengang in ihrer bisherigen Besetzung bestehen bleiben (Hawlati, 09.07.2008, 438, 1). Ab Mitte 2008 kam es allerdings in der Provinz Sulaimaniya zu Demonstrationen gegen die Arbeit der Regierung und die Verwaltungsführung in der ARK (Hawlati, 09.07.2008, 438, 1).

Im Kontrollgebiet der DPK gab es aufgrund von Restriktionen hingegen kaum kritische Stimmen gegen die kurdische Verwaltung. Die Partei war

zudem der Ansicht, dass die Entwicklungen in der ARK im Allgemeinen sehr positiv seien. So antwortete beispielsweise Salam Abdullah, der Chefredakteur von «Xebat», auf die Frage, wie er die Lage der ARK nach 2003 beurteile, wie folgt: «Sehr gut, weil Saddam Hussein uns ein zerstörtes Land hinterlassen hat. Mehr als 4 500 Dörfer wurden zerstört, es gab keine Infrastruktur, keine Firmen, und als er 1991 Kurdistan verlassen hat, hat er alles mitgenommen, was für uns hätte nützlich sein können. Wenn man 1992 mit heute vergleicht, sieht man, was für eine Entwicklung wir gemacht haben. Schau, wie Erbil heute aussieht. So hat es vor dreissig Jahren niemals ausgesehen. Kurdistan hat in allen Belangen grosse Fortschritte gemacht. So gut entwickelt ist Kurdistan, dass die Schiiten und die sunnitischen Fraktionen uns sehr beneiden» (siehe Anhang 8). Abdullah scheint dabei, wie andere Interviewte, vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung abzuheben.

5.3 Der Aufstieg der Opposition ab 2009

Die kritischen Stimmen in der Provinz Sulaimaniya gegen die Vorherrschaft der DPK und der PUK wurden ab Mitte 2008 immer lauter; die Demonstrationen rissen nicht ab und das *Wusha*-Unternehmen⁵² von N. M. Amin machte mit seinen vielen Medien unermüdlich auf die Missstände in der ARK aufmerksam. Auch andere Parteien brachten ihre Unzufriedenheit stärker zur Geltung, weil sie der Ansicht waren, dass die DPK und die PUK die Macht weiterhin monopolisierten und nicht teilen wollten: «Die PUK und DPK hören auf niemanden, und es ist ihnen alles egal», so beispielsweise S. Bahadin, der Chef der IUK, in einem Interview mit «Hawlati» im Januar 2009 (Hawlati, 04.01.2009, 487, 1). Im gleichen Zeitraum forderten die vier Parteien IUK, IGK, SPK und «Proletariat», dass der Präsident der ARK keinen parteipolitischen Posten innehaben, das Parlament seine Rolle als Kontrollorgan über die Exekutive ausüben, das politische System der

52 *Wusha* war im Jahr 2009 die Inhaberin folgender Medien: «Print (Rozhnama Newspaper), internet (Sbey.com), televised news (KNN satellite channel) and radio (Dangi Gorran)». Dazu kamen mehrere Forschungszentren und Bibliotheken. «Our vision is a democratic society in which everyone has access to and is free to exchange information and opinions about all issues relevant to them as individuals and to society as a whole». Diese Informationen stammen von der damaligen Homepage des *Wusha*-Unternehmens www.wusha.net, die mittlerweile nicht mehr existiert. Die meisten dieser Informationen können heute der folgenden Website der *Gorran*-Bewegung entnommen werden: <https://gorran.net/ershif.aspx> (abgerufen am 06.04.2022).

ARK den herrschenden Parteien und der Opposition die gleichen Chancen geben sowie die Verfassung der ARK die demokratischen Grundprinzipien und Rahmenbedingungen der irakischen Verfassung berücksichtigen solle (Hawlati, 11.01.2009, 489, 1). Damit richtete sich die Kritik nicht nur gegen die mangelhafte Strom- und Energieversorgung, gegen Korruption und Vetternwirtschaft, sondern auch gegen das politische System und das Fehlen eines Konsenses über den Verfassungsentwurf der ARK. Letzterer gewann an Bedeutung, weil die ARK immer noch ohne Verfassung war, obwohl die kurdischen Kräfte sie für unabdingbar erklärt hatten und die irakische Verfassung sie in Artikel 120 als notwendig bezeichnet hatte.

Diese lange Periode ohne Einführung einer Verfassung zeugt von der Zerstrittenheit der kurdischen Gruppierungen in der ARK im Hinblick auf die künftige politische Gestaltung der Region. Zwar hatten die Vertreter der meisten wichtigen Parteien sich bereits im Jahr 1992 und später im Jahr 2002 darauf geeinigt, dass die ARK eine moderne, demokratische und föderalistische Verfassung bekommen solle.⁵³ Die Arbeit an einer solchen begann jedoch erst am 8. September 2005 mit der Ernennung eines aus 18 Personen bestehenden Verfassungskomitees durch das Parlament. Das Komitee erstellte den Entwurf einer Verfassung zwischen dem 24. September 2005 und dem 22. August 2006 und gab bekannt, dass es sich dabei auf die Analyse von über 40 Verfassungen weltweit gestützt habe (Hamakaram et al. 2015, 54–56). Eine Abstimmung über den Verfassungsentwurf fand jedoch erst statt, nachdem die Legislaturperiode abgelaufen war und das Parlament rechtlich keine Befugnis hatte, Gesetze zu verabschieden. Diese lief am 4. Juni 2009 aus, wurde allerdings mit Entscheidung Nummer 5 des Präsidenten der ARK, Masud Barzani, bis zu den nächsten Wahlen verlängert (Waqai'y Kurdistan, 01.06.2009, 100, 28). Der Präsident der ARK verlängerte zugleich seine eigene Amtsperiode, die am 12. Juni 2009 ablief (ebd., 29). Entsprechend wurde die Annahme der Verfassung am 24. Juni 2009 durch das Parlament von Intellektuellen und oppositionellen Gruppierungen harsch kritisiert. Eine Gruppe, die mehrheitlich aus Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den Reihen der PUK bestand,

53 Das kurdische Parlament entschied am 7. November 2002, dass die ARK im Rahmen eines demokratischen und föderalistischen Irak eine Verfassung bekommen solle (vergleiche dazu: Waqai'y Kurdistan, 20.12.2002, Nummer 38). Die Grundlage für diese Beschlussfassung schaffte der Entscheid des Parlaments vom 4. Oktober 1992 über den Föderalismus als künftiges politische System der ARK (Yasay Zhmare (16)ey Saly 2008: Yasay Pasandkrdny Dastwry Haremy Kurdistan 2008).

bezeichnete den Vorgang gar als einen «schwarzen Tag» in der Geschichte der zweiten Legislaturperiode in der ARK (Hawlati, 24.06.2009, 536, 1).

Zur Unzufriedenheit über die Verfassung trugen verschiedene Faktoren bei: ihr Entstehungsprozess, die vorgesehene direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk und damit das Präsidialsystem, die uneingeschränkte Macht des Präsidenten, die wenig juristische Sprache des Verfassungstextes und die Ablehnung einer Möglichkeit des Parlaments, Änderungsvorschläge zu machen. Seitdem wurden verschiedene Ideen eingebracht, wie der Verfassungsentwurf abgeändert werden und die kurdische autonome Region ein Grundgesetz bekommen könnte (Hamakarim et al. 2015, 58 ff.; KIE 2012, 2 ff.; Talabani 2015, 8 ff.). Festzuhalten ist, dass der Verfassungsentwurf der ARK durchaus demokratische Elemente beinhaltet (Iraq-Kurdistan Parliament Draft Constitution of the Iraqi Kurdistan Region 2009), aber eben auch die erwähnten Mängel aufweist. Dazu kommt, dass er nach dem regulären Ablauf der Legislaturperiode verabschiedet wurde, obwohl zwischen 2005 und 2009 genügend Zeit gewesen war, um im Parlament über ihn abstimmen zu lassen. So konnte ausser der DPK, die die Entstehung der Verfassung im Parlament als eine grosse Errungenschaft ansah und entsprechend würdigte (Xebat, 25.06.2009, 1430, 1), kaum eine andere Gruppe in der ARK gefunden werden, die sie feierte. Die PUK, die mit den Stimmen einiger ihrer Parlamentsmitglieder die Verabschiedung des Verfassungsentwurfes erst ermöglicht hatte, erwähnte nur am Rande, dass die Verfassung mit den Stimmen von 96 Abgeordneten angenommen worden sei (Kurdistani Nwe, 25.06.2009, 4906, 1). Das «Reformkomitee» der PUK, das aus den Vertretern jenes Flügels der PUK bestand, der der Ansicht war, dass der Einfluss der DPK in der ARK zu gross geworden gewesen sei, und ihn daher ablehnte, stellte sich gegen die Verfassung und forderte die Bevölkerung auf, gegen sie zu stimmen (Hawlati, 01.07.2009, 538, 1). Doch nicht nur die politischen Fraktionen, sondern auch Anwälte, Dozenten der Universität Sulaimaniya, Ärzte, Intellektuelle und die neu gegründete Bewegung *Gorran* («Wechsel» oder «Wandel») verurteilten die Entstehung der Verfassung (Hamakarim et al. 2015, 58 ff.).

Neben der privaten Medienlandschaft und politischen Aktivistinnen und Aktivisten in der Provinz Sulaimaniya spielte insbesondere die seit April 2009 als *Gorran*-Bewegung bekannt gewordene Gruppe um N. M. Amin eine grosse Rolle beim Aufstieg und bei der Erstarkung der oppositionellen Kräfte in der ARK. In einem Interview mit der in London ansässigen arabischen Tageszeitung «Asharq al-Awsat» teilte N. M. Amin am 11. April 2009 mit, für die nächste Parlamentswahl in der ARK eine Liste namens

Gorran anführen zu wollen (Bzwtanaway Gorran 2020). N. M. Amin und seine Anhänger hatten die Zeit zwischen Ende 2006 und Anfang 2009 genutzt, um auf eine neue Art und Weise auf die politische Bühne zurückzukehren: Sie traten bei den Parlamentswahlen im Juli 2009 unter der Bezeichnung *Gorran* zum ersten Mal in der Geschichte der ARK mit einer Liste an, die es sich zum Ziel setzte, die Alleinherrschaft der DKP und der PUK zu brechen. Die Flagge der *Gorran*-Bewegung wurde tiefblau mit einer Kerze in der Mitte gestaltet, ein Symbol für den Anspruch, die Dunkelheit, die in ihren Augen über dem kurdischen Autonomiegebiet lag, zu erleuchten. Des Weiteren betonte N. M. Amin in einigen Interviews mit dem Fernsehsender der Bewegung, KNN (Kurdish News Network), dass *Gorran* jedem Einzelnen in der Gesellschaft gehöre und sich für jeden einsetzen werde. Er forderte ferner alle Bürgerinnen und Bürger, die daran interessiert waren, für die Parlamentswahl zu kandidieren, dazu auf, zur *Gorran*-Bewegung zu gehen und diese Kandidatur in die Tat umzusetzen. Damit wollte er die Menschen in der ARK davon überzeugen, dass eine neue Zeitordnung eingeläutet sei und jede Person, egal welche Ausbildung oder welchen Hintergrund sie habe, sich politisch engagieren und bei einer erfolgreichen Wahl ins kurdische Parlament einziehen könne. Tatsächlich war es bislang Menschen, die nicht der politischen Elite der einzelnen Parteien angehörten, unmöglich gewesen, ins Parlament zu kommen.

Anders als in den zwei vorherigen Parlamentswahlen in der ARK fand somit der Urnengang am 25. Juli 2009 mit einer starken Vertretung der oppositionellen Parteien und mit unabhängigen Wahlbeobachtern statt. Neben der *Gorran*-Liste traten die IUK, die IGK, die SPK und die ‹Partei der Zukunft› mit einer gemeinsamen Liste namens ‹Reform und Dienstleistung› bei den Wahlen an. Am Wahltag konnten diese Parteien der DPK und der PUK eine herbe Niederlage zufügen, indem sie gemeinsam mit der ‹Islamischen Bewegung in Kurdistan› auf über 38 Prozent der Stimmen kamen. Die Kurdistani-Liste der DPK und der PUK erreichte 57,37 Prozent der Stimmen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Seham 2009). Die 111 Sitze des Parlaments wurden wie folgt verteilt: Kurdistani-Liste 59, *Gorran* 25, Liste ‹Reform und Dienstleistung› 13, ‹Islamische Bewegung in Kurdistan› 2, Liste ‹Freiheit und gesellschaftlichen Gerechtigkeit› 1 und die verschiedenen Listen der religiösen und ethnischen Minderheiten in der ARK 11 Sitze (Jamal 2010, 7–8). Die *Gorran*-Bewegung wurde nach einer erfolgreichen Wahlkampagne zur stärksten Kraft in der Provinz Sulaimaniya. Der grosse Verlierer war demnach die PUK, die nicht nur mit internen Machtkämpfen und der Abspaltung von N. M. Amin konfrontiert war, sondern auch mit

zunehmend unzufriedenen Menschen in dem Gebiet, das sie kontrollierte. Entsprechend war sie nach dem Urnengang schwach und musste sich von nun an vermehrt den Entscheidungen der DPK fügen.

Abbildung 11: Die Wahlkampagne der Gorran-Bewegung im Jahr 2009

Die Kandidaten der *Gorran*-Liste und insbesondere N. M. Amin äusserten bei vielen Anlässen und Interviews während des Wahlkampfes die folgenden Kritikpunkte an den herrschenden Parteien. Die Lösungsvorschläge der Bewegung für die in ihren Augen unakzeptablen Probleme werden im Folgenden kursiv geschrieben (vergleiche dazu unter anderem die verschiedenen Auftritte von N. M. Amin im Jahr 2009).

Macht der grossen Parteien über die Legislative und Exekutive: In allen Demokratien der Welt ist die Legislative die oberste Instanz, weil sie den Souverän repräsentiert. Sie verabschiedet Gesetze und kontrolliert die Arbeit der Exekutive. In ihrer Funktion als Vollziehungsmacht ist die Exekutive befugt, die Gesetze auszuführen. In Kurdistan aber verabschieden die DPK und die PUK in ihren Parteibüros die Gesetze. Sie haben die Macht der Legislative und der Exekutive. *Gorran wird dafür sorgen, dass diese Missstände ein Ende finden. Keine Partei darf sich in die Arbeit des Parlaments und der Regierung einmischen.*

Fehlende unabhängige Judikative: Damit alle vor dem Gesetz gleich behandelt werden, brauchen wir unabhängige Gerichte. Es gibt kein einziges Gericht in Kurdistan, das unabhängig von der DPK und der PUK ist, deshalb gibt es auch keine fairen Prozesse. Ein Gericht, das den Rechtsstaat garantieren kann, fehlt in Kurdistan. Um die Demokratie entwickeln zu können, ist die Existenz eines unabhängigen Gerichts jedoch unumgänglich. Alle sind in diesem Land gleich und haben es verdient, nicht diskriminiert zu werden. *Wir werden dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gericht die gleichen Chancen und Rechte haben, unabhängig von ihrem sozialen Status.*

Korruption: In der ARK verfügen einige wenige hochrangige Mitglieder der DPK und der PUK über mehr Eigentum und Geld als der Rest der Gesellschaft. Sehr viele Firmen, grosse Geschäfte und Unternehmen gehören ihnen. Sie schliessen Ölverträge in Milliardenhöhe mit ausländischen Firmen ab, und niemand ausser den beteiligten Personen weiss irgendetwas über die Inhalte der Verträge. Alle wichtigen Geschäfte werden hinter verschlossenen Türen abgeschlossen. Die Ressourcen des Landes verteilen die zwei Parteien unter sich und die Bürgerinnen und Bürger müssen um ihr Überleben kämpfen. Gehören die Leute nicht zu den herrschenden Parteien, sind sie gezwungen, ihre Geschäfte durch Bestechungen zu erledigen. *Die Gorran-Bewegung gehört nicht bestimmten Leuten der Gesellschaft, sondern jedem Einzelnen. Sie wurde gegründet, um Transparenz zu schaffen. Wir von der Gorran-Bewegung werden euch detailliert darüber informieren, wie die Verträge abgeschlossen werden und welche Inhalte sie haben werden. Keine Person der Gesellschaft wird den anderen vorgezogen oder bevorteilt, falls wir gewinnen werden. Die Korruption wird, wenn ihr uns wählt, ein Ende finden.*

Vetternwirtschaft: Die Menschen hier in Kurdistan werden nicht nach ihren Fähigkeiten, ihren Leistungen oder ihrem Können behandelt, sondern nach ihrer Nähe zur DPK und zur PUK. Es kann nicht sein, dass Tausende Universitätsabsolventinnen und -absolventen aus verschiedenen Bereichen, die nicht den genannten Parteien angehören, aber sehr gute Noten vorweisen können, ohne Job sind, während die Mitglieder der herrschenden Parteien nach dem Studienabschluss sofort eine Stelle erhalten. Die höchsten Stellen in diesem Land bekommen die Verwandten der Parteipräsidenten oder hochrangiger Akteure der Parteien. *Wenn wir bei den Wahlen siegen, wird keine Person eine Stelle antreten, die nicht die fachlichen Fähigkeiten dazu besitzt. Jeder Mensch in diesem Land wird die Möglichkeit erhalten, den höchsten Posten zu besetzen, wenn er nachweisen kann, dass er der Aufgabe gewachsen ist. Wir sind Vertreter aller Schichten und nicht einer bestimmten Schicht.*

Bildung: Die herrschenden Parteien entscheiden darüber, wer an den Universitäten und Instituten unterrichten darf und wer nicht. Die jungen Studentinnen und Studenten stellen nach kurzer Zeit fest, dass das, was sie an den Hochschulen lernen, nicht zeitgemäss ist, da es kaum Reformen gibt. *Wir werden die Hochschulen reformieren und dafür sorgen, dass die jungen Leute mit neuer Schubkraft studieren können. Die Reformen werden den jeweiligen Fachleuten in den verschiedenen Bereichen überlassen.*

Militärmacht der Parteien: Die DPK und die PUK haben eigene Peschmerga-Einheiten. Es fehlt hingegen eine Peschmerga-Kraft in Kurdistan, die unabhängig von diesen beiden Parteien ist. Mit der eigenen Militärmacht können die DPK und die PUK jede neue Bewegung zwingen, sich ihrer Herrschaft zu fügen. Diese beiden Parteien sollen das eigene Militär abschaffen, um eine unabhängige Armee für die Region Kurdistan aufzubauen. Solange die Parteien über eine eigene Militärmacht verfügen, wird die Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges immer vorhanden sein. *In Demokratien haben die Parteien keine eigenen Truppen. Alle Parteien müssen auf eigene Militärleute verzichten, damit das Land demokratisiert werden kann.*

Gorran fokussierte auch andere Themen, wie die mangelnde Strom- und Wasserversorgung, die Beziehung zu Bagdad, Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und das Gesundheitssystem. Alle Themen wurden unter dem Begriff des ‚Wandels‘ zusammengefasst, um zu zeigen, dass sich einiges in der ARK ändern sollte. So wurde N. M. Amin, der selbst über 40 Jahre einer der wichtigsten Entscheidungsträger in den Reihen des links-säkularen Lagers des politischen Spektrums gewesen war, während der Wahlkampagne im Jahr 2009 zum neuen Hoffnungsträger der vielen mit der Politik der DPK und der PUK unzufriedenen Menschen im irakischen Kurdistan. Mit seinen Forderungen nach demokratischen Reformen, Rechtsstaatlichkeit und vor allem der Ausrottung der weitverbreiteten Korruption und Vetternwirtschaft in der ARK konnte er die Wahlkampagne erfolgreich abschliessen. Nach dem Ursprung der erheblichen eingesetzten Summen an Geld und der vielen für *Gorran* aktiven Medien fragten insbesondere die jungen Wählerinnen und Wähler zunächst nicht, weil sie unbedingt die Vorherrschaft der DPK und der PUK brechen wollten.

Gegen Masud Barzani, der sich mehr als vier Jahre nach seinem Amtsantritt erstmals einer Direktwahl stellte, waren vier weitgehend unbekannte Kandidaten angetreten, da die oppositionellen Gruppierungen keine Gegenkandidaten aufgestellt hatten. Damit galt seine Wiederwahl bereits vor der Bekanntgabe der Ergebnisse als sicher; allerdings erlitt er in vielen Orten der Provinz Sulaimaniya eine Niederlage gegen Kamal Mirawdeli, jenen Präsidentschaftskandidaten, der von der *Gorran*-Bewegung unterstützt wurde. Die Wahl gewann Barzani schliesslich mit 69,6 Prozent der Stimmen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Seham 2009). Die Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf des Parlaments der ARK konnte jedoch auf-

grund des Drucks der oppositionellen Gruppierungen, der unabhängigen Medien und der politischen Aktivistinnen und Aktivisten nicht durchgeführt werden. Entsprechend blieb die ARK ohne Verfassung.

Die neue Epoche in der ARK begann mit dem ersten politischen Erfolg der oppositionellen Gruppierungen, der nicht nur die herrschenden Parteien DPK und PUK in eine Art Schockstarre versetzte, sondern auch dazu führte, dass die Verfassung nicht wie vorgesehen zur Volksabstimmung kam. Um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, erteilten die *Gorran*-Liste und die Liste *«Reform und Dienstleistung»* jeglichen Bemühungen der DPK und der PUK um ihre Teilnahme an einer neuen Regierung eine Absage. Entsprechend wurde am 28. Oktober 2009 das sechste Kabinett ohne Beteiligung dieser beiden Listen bekannt gegeben. Der Regierungschef kam diesmal gemäss der strategischen Abmachung zwischen der DPK und der PUK aus den Reihen der PUK. Mit Barham Saleh, der einer gebildeten Familie entstammt, 1960 in Sulaimaniya geboren wurde und in den 1980er Jahren in Grossbritannien ein Doktoratsstudium im Bereich der Statistik und computergestützten Modellierung abschloss, wurde ein bildungsfreudiger Politiker Premierminister. Da er aber keiner einflussreichen Familie wie den Talabani oder Barzani angehörte und in den Augen der DPK ihnen den Posten des Regierungschefs stahl, sowie in Anbetracht des Umstandes, dass es in der ARK zum ersten Mal eine starke Opposition gab, musste seine Arbeit von Beginn an auf Schwierigkeiten stossen. Trotzdem konnte er die Regierung, die nun aus 25 Ministern bestand, erfolgreich führen. So wurden in seiner Regierungszeit unter anderem nicht nur mehrere Schulen, Universitäten und Studentenhäuser für Studierende ausserhalb der grossen Städte aufgebaut, sondern auch Studentinnen und Studenten, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, Zuwendungen gewährt, Menschen finanziell entschädigt, neue Strassen gebaut, die Bildung reformiert und das monatliche Budget der DPK und der PUK, das zuvor bei etwa 35 Millionen US-Dollar lag, gekürzt. Es folgten weitere Reformen im Bereich der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik (Ala'Aldeen 2013, 117 ff.).

Doch Salehs Regierung blieb ohne Rückendeckung, weil die Opposition teilweise populistisch alles schlechtredete, was in der ARK politisch vorstattenging. Zudem unterstützte die DPK die Regierung von Saleh nur halbherzig, weil sie nicht mehr die Führung besass. So lassen sich in *«Xebat»*, der Zeitung der DPK, zwischen 2009 und 2012 kaum Berichte über die Aktivitäten der Regierung finden. Dagegen konzentrierte sie sich auf die Arbeit des Präsidenten der ARK und die Politik der DPK. Das

gilt teilweise auch für die PUK, die viel mehr mit den Handlungen des irakischen Präsidenten und den Reformbemühungen der PUK beschäftigt war als mit der Regierungsarbeit der ARK. Auch die Vorbereitungen für die zwei Parteiversammlungen der DPK und der PUK vom Dezember 2010 bzw. Juni 2010 nahmen grosse Teile der Berichterstattungen von «Xebat» und «Kurdistani Nwe» ein. Die Versammlungen führten jedoch nicht zu den erhofften Erneuerungen in den Reihen der beiden Parteien und zu möglichen Reformen, sondern bestätigten jeweils Masud Barzani und Jalal Talabani an der Spitze. Des Weiteren verschlechterte sich die Beziehung zwischen der DPK und der PUK allmählich, weil grosse Teile der PUK-Funktionäre im strategischen Abkommen zwischen diesen zwei Parteien von 2004 und in den vielen Konzessionen der PUK den Grund für ihre Wahlniederlage sahen. Entsprechend forderten sie einen konfrontativeren Umgang mit der DPK. Zudem brachte ein Parteiplenum der PUK Ende Oktober und Anfang November 2009 nicht die gewünschte Entspannung innerhalb der Partei, sondern stärkte vielmehr die Flügelpolitik und nahm neu *Gorran* ins Visier (Hawlati, 01.11.2009, 573, 1). Ergo wurden die Rahmenbedingungen für die Regierung schwieriger als zuvor. Dazu kam, dass die Opposition wesentlich glaubwürdiger wirkte, weil sie nicht nur neu, sondern auch reformfreudig war. So verzichteten die *Gorran*-Bewegung und die Liste «Reform und Dienstleistung» auf eigene Peschmerga-Kräfte und konzentrierten sich auf die politische Arbeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Unter anderem sahen sie die Auflösung der militärischen Einheiten der DPK und der PUK und den Aufbau einer einheitlichen Armee für die Verteidigung der ARK als unabdingbar an. Sie kritisierten weiterhin unermüdlich die weitverbreitete Korruption, Vetternwirtschaft und die Einmischung der DPK und der PUK in alle Angelegenheiten der ARK.

Neben der schwierigen politischen Entwicklung gab es viele andere Probleme – etwa die schlechte Stromversorgung. Hierzu fanden immer wieder Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya statt. In Anbetracht dessen, dass sich die Lage kaum veränderte, gab eine Gruppe namens «Schrei des Volkes» am 30. November 2011 bekannt, ähnlich wie 2008 gegen die mangelhafte Stromversorgung auf die Strasse gehen zu wollen. Sie forderte auch die Menschen in den Provinzen Erbil und Dohuk auf, für die Lösung der Probleme zu demonstrieren (Hawlati, 30.11.2011, 701, 1). Am Tag zuvor hatte die *Gorran*-Bewegung ein Sieben-Punkte-Manifest herausgegeben, in dem sie die Auflösung des Parlaments und der Regierung sowie die Bildung einer technokratischen Übergangsregierung forderte. Des Weiteren

appellierte sie an die DPK und die PUK, sich nicht in die Angelegenheiten der Regierung, des Parlaments, der Verwaltung, der Gerichte, der Sicherheitsorgane und der Peschmerga einzumischen. Zudem forderte die *Gorran*-Bewegung, innerhalb von drei Monaten eine demokratische Wahl ohne Fälschungen abzuhalten. Ferner machte sie auf die Wut der Bevölkerung in einigen arabischen Ländern gegen die autokratische Herrschaft ihrer Regierungen aufmerksam und bezeichnete die Aufstände in der arabischen Welt als «Tag des Zerfalls der diktatorischen Regime» (ebd.). Bezüglich der politischen Entwicklungen in der ARK führte das Manifest aus, dass in Kurdistan ein «tyrannisches System der Verwaltung der Parteien» aufgebaut worden sei (ebd.). Das Ministerium für Peschmerga-Angelegenheiten sah in der Erklärung von *Gorran* eine Bedrohung und liess alle Peschmerga-Kämpfer in der ARK in Alarmbereitschaft versetzen (ebd.).

Entsprechend begann sich die Lage insbesondere in der Provinz Sulaimaniya zu verschärfen. Die Reaktion der DPK und der PUK auf die Erklärung von *Gorran* war harsch und machte die Bewegung für eine etwaige Eskalation der Situation in der ARK verantwortlich (Kurdistani Nwe, 30.11.2011, 3591, 1; Xebat, 30.11.2011, 3687, 1). «Die Anhänger von *Gorran* sind die einzigen, die Verantwortung für die Bekämpfung des legitimen Parlaments und der legitimen Regierung tragen und sie werden zur Rechenschaft gezogen, wenn etwas Unerwünschtes in der ARK passiert», so lautete beispielsweise eine gemeinsame Stellungnahme der Politbüros der DPK und der PUK (ebd.). Doch die Drohungen der beiden Parteien hielten *Gorran* und Teile der wütenden Bevölkerung in der Provinz Sulaimaniya nicht davon ab, sich gegen die Herrschaft der DPK und der PUK und gegen mangelhafte Dienstleistungen aufzulehnen. Die ständigen Berichte der in der Provinz Sulaimaniya beliebten Zeitungen «Hawlati» und «Awe-ne» über die Missstände in der ARK halfen der Opposition und setzten die DPK und die PUK zusätzlich unter Druck. So gab beispielsweise «Hawlati» Anfang Februar 2011 unter Bezug auf die kaum funktionierende Stromversorgung in der ARK bekannt, dass allein die Häuser von Nechirvan Barzani und Barham Saleh in Erbil mehr Strom verbrauchen würden als mehrere Quartiere in der Stadt (Hawlati, 06.02.2011, 703, 1). Solche Benennungen von Missständen und die Auflehnung der Völker in einigen arabischen Staaten gegen die dortigen autoritären Regime, die im Dezember 2010 begonnen hatte und als «Arabischer Frühling» bekannt wurde, ermutigten die Menschen in Sulaimaniya, gegen die Verwaltung der ARK vorzugehen und ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben.

Am 17. Februar 2011 kam es in der Stadt zu einer Protestdemonstration gegen die herrschenden Parteien DPK und PUK. Doch was als eine friedliche Versammlung begann, eskalierte schnell, nachdem sich die Menschen in Richtung des Sitzes der Sektion 4 der DPK bewegten und diese mit Steinen bewarfen. In kürzester Zeit führten die Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und den Wächtern der Sektion 4 der DPK zu Dutzenden Verletzten und einigen Toten. Gleichzeitig demonstrierten in Erbil einige Menschen gegen die *Gorran*-Bewegung und setzten den Sitz ihres Fernsehkanals in Brand. In Erbil und in Dohuk fanden angesichts der massiven Präsenz der Sicherheitskräfte keine Demonstrationen gegen die Regierung und die Verwaltung der ARK statt. In der Provinz Sulaimaniya hingegen breiteten sie sich rasch aus und betrafen beinahe alle Städte. Die Wut der Bürgerinnen und Bürger in dieser Provinz wurde nicht nur von den oppositionellen Gruppierungen, sondern auch von den privaten Medien, Intellektuellen und politischen Aktivistinnen und Aktivisten bestärkt. Am 20. Februar 2011 berichtete «Hawlati» unter dem Titel «Der rote Donnerstag in Sulaimaniya» detailliert über die Ereignisse vom 17. Februar 2011 und die vielen Verletzten und Toten (Hawlati, 20.02.2011, 707, 1–2). Die DPK und die PUK forderten ihrerseits zur Ruhe auf und bezeichneten Teile der Demonstrierenden als «Chaoten» (Kurdistani Nwe, 18.02.2011, 5408, 1; Xebat, 20.02.2011, 3705, 1). Die Auflehnung der Menschen in der Provinz Sulaimaniya dauerte einige Wochen an; die Medien der oppositionellen Parteien und Gruppierungen verfolgten mit einer emotionalen Berichterstattung das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger.

Grundlegende Änderungen brachten die Strassenkämpfe der Menschen nicht mit sich, weil die DPK und die PUK weiterhin die Kontrolle in der ARK hatten und nicht bereit waren, von ihrem politischen Kurs abzurücken. Auch die Forderung des Regierungschefs nach grundlegenden Reformen als Bedingung für die Fortdauer seiner Regierung führte zu keinem Ergebnis. Barham Saleh erklärte sich zugleich in einem Interview mit «Hawlati» bereit, sofort zurückzutreten, wenn dies die Probleme der Menschen lösen und ihren Forderungen genügen sollte (Hawlati, 02.03.2011, 710, 1–2). Auf diese Weise wurde Saleh zur tragischen Figur der Missstände in der ARK, weil die Menschen grundsätzlich mit seiner Arbeit zufrieden waren und mit ihrem Unmut die DPK und die PUK treffen wollten und nicht ihn.

Die anhaltenden Unruhen in der Provinz Sulaimaniya und das erzwungene Schweigen der Menschen in den Provinzen Erbil und Dohuk hatten

zur Folge, dass der Druck auf Jalal Talabani grösser wurde, Reformen durchzuführen und das strategische Abkommen mit der DPK zu revidieren. So forderten einige hochrangige Mitglieder der PUK Talabani auf, sich von der DPK zu distanzieren, damit die PUK nicht ein Anhängsel der DPK werde (Hawlati, 13.03.2011, 713, 1). Entsprechend drohte die Lage weiter zu eskalieren und die kurdische autonome Region in die Zeit der 1990er Jahre zurückzuwerfen. So gab es nicht nur Demonstrationen gegen die herrschenden Parteien, sondern auch Angriffe der Anhänger der DPK und der PUK gegen die Angehörigen der Opposition und ihre Parteisitze. *Gorran* in der Provinz Erbil und die IUK in der Provinz Dohuk wurden wiederholt zur Zielscheibe von Überfällen der DPK-Sympathisanten.

Auf die Versprechungen des Präsidenten der ARK, Masud Barzani, vom 20. März 2011, dass innerhalb von drei Monaten grundlegende Reformen durchgeführt würden – andernfalls würde er zurücktreten –, reagierten über 18 000 Menschen bei einer Umfrage von «Hawlati» kalt und glaubten nicht, dass er diese Zusagen einhalten würde (Hawlati, 10.04.2011, 721, 1). In der Tat vergingen drei Monate, ohne dass Reformen umgesetzt wurden, und Masud Barzani blieb wie erwartet Präsident. N. M. Amin warnte seinerseits die regierenden Parteien, die Demonstrationen würden wieder einsetzen, sollten DPK und PUK ihre Politik nicht ändern (Hawlati, 20.07.2011, 750, 1). Doch die Menschen schienen resigniert zu haben, da die Auflehnung gegen die Vorherrschaft der beiden Parteien aufgrund von Restriktionen auf die Provinz Sulaimaniya begrenzt blieb und Erbil sowie Dohuk nicht erreichen konnte. Ein kurzer Aufstand gegen die DPK Ende 2011 in der Provinz Dohuk wurde schnell unter Kontrolle gebracht und als Anlass genommen, noch strikter gegen jegliche Form des Widerstands vorzugehen. Gezielt angegriffen wurden dabei Anhänger und Sitze der IUK, die in der erwähnten Provinz an Beliebtheit gewonnen hatte (Hawlati, 07.12.2011, 789, 1).

Ab 2011 ergab sich allerdings eine neue politische Situation mit der Annäherung zwischen *Gorran* und der DPK und einer Zunahme der Spannungen zwischen DPK und PUK. Dabei versuchte die DPK, sich nicht nur von der PUK und ihren vielen Flügeln zu lösen, sondern auch die Opposition zu spalten, um so insbesondere die IUK zu schwächen. *Gorran* ihrerseits brauchte einen mächtigen Partner wie die DPK, um sich dem Druck der PUK zu entziehen. Damit verfehlte N. M. Amin sein ursprüngliches Ziel, die Macht des Präsidenten der ARK und der DPK zu brechen, um eine Alleinherrschaft der Barzani-Familie über die ARK zu verhindern. Im Gegenteil traf sich Amin samt einer Delegation der *Gorran*-Bewegung

am 24. April 2012 mit Masud Barzani in dessen Hauptsitz in Pirmam, nachdem Barzani Amin im September 2011 in Sulaimaniya besucht hatte. Gesprächsthema sollen die neuesten Entwicklungen in der ARK und der Region gewesen sein (Hawlati, 25.04.2012, 829, 1). Folglich profitierte die DPK vom Aufstieg der Opposition, weil sie sich aufgrund der Unterdrückung der politischen Teilhabe in den Provinzen Erbil und Dohuk auf die Provinz Sulaimaniya konzentrierte und die dortigen politischen Kräfte sich fragmentierten. Dadurch konnte sie neue Allianzen schliessen und ihre Vorhaben einfacher umsetzen. Es gelang ihr auf diese Weise, nach mehr als zwei Jahren Regentschaft der PUK ohne nennenswerten Widerstand den Posten des Premierministers wieder zu besetzen. Regierungschef wurde am 5. April 2012 erneut Nechirvan Barzani. Der 1966 geborene Neffe und Schwiegersohn von Masud Barzani genoss innerhalb der Barzani-Familie in der Provinz Sulaimaniya eine grosse Akzeptanz und Beliebtheit, weil seine Mutter aus einer renommierten Familie von Gründungsvätern der Stadt Sulaimaniya stammte. Das siebte Kabinett unter der Führung N. Barzanis bestand insgesamt aus 28 Ministern und wies zum zweiten Mal in Folge keine Angehörigen von *Gorran*, IUK und IGK als Mitglieder auf (Hamakarim et al. 2015, 48–49).

Das zunehmende Misstrauen zwischen der DPK und der PUK und die grundlegend negative Haltung von N. M. Amin und seinen Anhängern gegenüber der Führung der DPK mündeten dann aber in einer Annäherung zwischen *Gorran* und der PUK. N. M. Amin und Jalal Talabani trafen sich am 24. September 2012 und erzielten eine Einigung über die Revision der Verfassung und die Einführung eines parlamentarischen Systems. Des Weiteren wurde vereinbart, dass alle Gesetze, die im Parlament beschlossen wurden und von nationalem Interesse waren, revidiert werden müssten. Ferner einigten sich die beiden Parteien darauf, zukünftig gemeinsame politische Projekte zu verfolgen. Die DPK war nicht erfreut über die Erklärung der beiden politischen Gruppen und bezeichnete sie als zu voreilig (Hawlati, 25.09.2012, 893, 1 und 3). Dieser Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen *Gorran* und der PUK wurde unter anderem deshalb möglich, weil Jalal Talabani aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes keinen grossen Einfluss mehr auf die PUK ausüben konnte. Zudem entsprach die Übereinkunft vom September 2012 im Grossen und Ganzen jenen Forderungen des Politbüros der PUK, die bereits im Jahr 2004 als Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der DPK definiert worden waren. Damals hatte sich allerdings Talabani durchgesetzt, was zur

späteren Abspaltung von N. M. Amin und weiteren hochrangigen Mitgliedern von der PUK geführt hatte.

In Abwesenheit von Jalal Talabani kam es so zu einer weiteren Annäherung zwischen *Gorran* und der PUK, ohne dass jedoch ein Durchbruch gelang. Das galt auch für Bemühungen der DPK, sich der Opposition anzunähern. Vielmehr führten die permanenten Sitzungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen dazu, dass keine Partei der anderen mehr vertraute, weil sie über den Inhalt der jeweils anderen Zusammenkünfte im Unklaren war. Entsprechend zerfielen die bestehenden parlamentarischen Listen, und die Parteien entschieden sich, jeweils getrennt bei den nächsten Wahlen anzutreten. Für die Wahlen vom 21. September 2013 wurden über 20 Parteien und Listen registriert (Hawlati, 13.06.2013, 1076, 2). Darüber hinaus arbeiteten DPK und PUK weiterhin zusammen, um einige Gesetzesinitiativen vor Ablauf der Legislaturperiode abzuschliessen. Eines dieser Gesetze, das am 30. Juni 2013 im kurdischen Parlament mit den Stimmen von 75 Parlamentarierinnen und Parlamentariern der DPK, der PUK und verschiedener Minderheiten verabschiedet wurde, war das Gesetz Nummer 19 (Xebat, 02.07.2013, 4354, 1). Es sorgte für viel Ärger in den Reihen der oppositionellen Gruppierungen und für Streitigkeiten sowie Chaos zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Gesetzes während der Abstimmung im Parlament. Die Opposition und ein Teil der PUK bezeichneten den erwähnten Gesetzgebungsprozess als «Putsch des Parlaments» (Hawlati, 01.07.2013, 1088, 1–2).

Zur Unzufriedenheit und zum Unverständnis der Gegner des Gesetzes 19 trug insbesondere dessen Artikel 1 bei. Er sah vor, die Amtsperiode von Masud Barzani als Präsident der ARK, die am 20. August 2013 endete, um zwei Jahre bis zum 19. August 2015 – ohne die Möglichkeit einer weiteren Verlängerung – auszudehnen (Yasay Zhmare (19)ey Saly 2013). Der Artikel verstieß aus Sicht der oppositionellen Kräfte insbesondere gegen Artikel 3 des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK von 2005, wonach der Präsident nur zweimal für je vier Jahre gewählt werden durfte. Zudem bestimmte Artikel 2 des gleichen Gesetzes (der auf Beharren der DPK hin eingefügt worden war), dass der Präsident direkt vom Volk gewählt werde. Ferner verstieß Gesetz 19 gegen Artikel 61 (Wahl des Präsidenten durch die Bevölkerung) und Artikel 64 (höchstens zwei Amtszeiten des Präsidenten) des bereits im Parlament verabschiedeten Verfassungsentwurfes der ARK. Es half der Opposition entsprechend wenig, dass Artikel 2 des Gesetzes Nummer 19 eine ihrer wichtigsten Forderungen erfüllte: Der Verfassungsentwurf der ARK sollte bis zum 19. August 2015 im Rahmen

einer Verständigung revidiert werden. Zudem schien nun der Weg für ein parlamentarisches System geebnet zu sein, da der Präsident im Parlament gewählt wurde – ein weiteres Anliegen der Opposition und von Teilen der PUK. Trotzdem vergiftete das Gesetz das politische Klima in der ARK zusätzlich. Denn es führte nicht nur dazu, dass Masud Barzani bei den oppositionellen Gruppierungen und vielen Menschen in der Provinz Sulaimaniya als unrechtmässiger Präsident angesehen wurde, sondern auch dazu, dass *Gorran* und einige PUK-Funktionäre mit landesweiten Protesten gegen das Gesetz drohten (Hawlati, 01.07.2013, 1088, 2). DPK und PUK verteidigten demgegenüber ihr Vorgehen als notwendig, um die politische Blockade in der ARK zu durchbrechen und die Entstehung einer Verfassung zu ermöglichen (Kurdistani Nwe, 01.07.2013, 6118, 1; Xebat, 02.07.2013, 4354, 1).

Die Frage nach einem angemessenen Umgang mit der Verfassung führte bei der Wahlkampagne von DPK und PUK im September 2013 zu Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen den beiden Parteien. Während die PUK eine umfassende Revision der Verfassung im Parlament forderte, pochte die DPK darauf, diese ausserhalb des Parlaments in den Politbüros der Parteien anzupassen (Hawlati, 05.09.2013, 1134, 1 und 5). Damit zeichnete sich früh ab, dass der Verfassungsentwurf unverändert bleiben und es keine Volksabstimmung darüber geben würde. Ferner konzentrierte sich die DPK in ihrem Wahlprogramm vermehrt auf den kurdischen Nationalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in der ARK (Xebat, 17.07.2013, 4365, 1; Xebat, 01.09.2013, 4393, 1; Xebat, 02.09.2013, 4394, 1): «Ich wähle die DPK, damit die Kurden in allen vier Teilen [Kurdistans] mehr Hoffnungen auf diese Verwaltung richten [können]», so lautete beispielsweise ein Werbespruch der DPK (Xebat, 01.09.2013, 4393, 1). Diese Strategie wurde bewusst gewählt, weil nicht nur Masud Barzani Meinungsverschiedenheiten mit dem irakischen Premierminister Nuri al-Maliki hatte, sondern auch die Zentralregierung in Bagdad sich in Öl- und Budget-Fragen mit der ARK in Streitigkeiten befand. Ferner sah sich die DPK unter anderem aufgrund der 2004 vereinbarten Machtteilung zwischen ihr und der PUK sowie wegen der Besetzung der Posten des Präsidenten und des Premierministers der ARK als wahrer Vertreter der kurdischen Bevölkerung im Irak.

Die PUK wiederum, die eine ausgeglichene Beziehung zu Bagdad pflegte und den Posten des irakischen Präsidenten innehatte, setzte bei ihrer Wahlkampagne ähnlich wie die oppositionellen Gruppierungen auf eine Demokratisierung der ARK, eine Verbesserung der wirtschaftlichen

Lage der Menschen, mehr Dienstleistungen und freie Meinungsäußerung (Kurdistani Nwe, 01.09.2013, 6169, 1 ff.). Der kurdische Nationalismus wurde von der PUK aufgrund seiner Bedeutung für die kurdische Zivilbevölkerung in der ARK ebenfalls thematisiert, jedoch eher im Rahmen der Kritik am Machtanspruch der DPK in der ARK und nicht im Sinne einer Polemik gegen Bagdad: «Kurdistan ist nur ein Kurdistan und Erbil ist Hauptstadt für alle», lautete beispielsweise ein Slogan der PUK (Kurdistani Nwe, 01.09.2013, 6169, 2). *Gorran* und andere oppositionelle Parteien wiederum warben mit dem Kampf gegen die Korruption und für die Verbesserung der finanziellen Lage der Menschen in der ARK um die Stimmen der Wahlberechtigten: «Wir haben die Korruption aufgedeckt und werden sie beseitigen», so ein Wahlplakat von *Gorran* (Hawlati, 02.09.2013, 1132, 1).

Nach einer dreiwöchigen Wahlkampagne fand am 21. September 2013 die Parlamentswahl in der ARK statt. Als Gewinner ging die DPK mit 38 Sitzen hervor. Zweitstärkste Partei wurde *Gorran* mit 24 Sitzen. Die PUK bekam 18, die IUK 10 und die IGK 6 Sitze. Die verschiedenen Parteien und Gruppierungen der Minderheiten in der ARK erhielten die für sie bestimmten 11 Sitze, während die restlichen Sitze an kleinere Parteien gingen (Mezhwy Halbzhardny Khwly Chwarham 2013). So wurde die DPK zur stärksten Kraft in der ARK und kam mit den Stimmen der Minderheiten, die aufgrund ihrer geografischen Lage – sie siedeln in Gebieten unter Kontrolle der DPK – und ihrer Nähe zur Barzani-Familie die Partei unterstützten, auf 49 der aus 111 Sitzen bestehenden Volksvertretung. Das Resultat war insbesondere für die PUK eine grosse Enttäuschung, weil sie nunmehr nur noch die drittstärkste Fraktion im kurdischen Parlament war. Entsprechend gross war die Frustration der PUK-Angehörigen, die weitgehende Massnahmen und Reformen in den eigenen Reihen forderten. Die Medienorgane der PUK liessen verlauten, dass die Parlamentswahl seitens der DPK und *Gorran* gefälscht worden sei; nur deshalb habe die Partei so wenig Stimmen erhalten (Kurdistani Nwe, 27.09.2013, 6193, 1 ff.). Diese Argumentation ist, insbesondere was *Gorran* anbelangt, zweifelhaft, weil die PUK in der Provinz Sulaimaniya, in der die *Gorran*-Liste die meisten Stimmen bekam, nicht nur die militärischen Kräfte und Sicherheitsorgane kontrollierte, sondern die Macht seit mindestens 2003 uneingeschränkt ausübte.

So führte die grundlegende Ablehnung der neuen politischen Gegebenheiten in der ARK durch die PUK dazu, dass die DPK und *Gorran* ihre Bemühungen intensivierten, eine neue Regierung zu bilden und einen neuen Präsidenten für das kurdische Parlament zu wählen. Diese Bestrebungen

mündeten am 29. April 2014, neun Monate nach dem Urnengang in der ARK, in der Wahl des 1978 in der Provinz Sulaimaniya geborenen *Gorran*-Mitgliedes Dr. Youssif Mohammed Sadiq zum neuen Präsidenten des kurdischen Parlaments. Die PUK, die laut eigenen Angaben aus Respekt für ihre Wählerschaft an der Parlamentsitzung am erwähnten Tag teilnahm, bezeichnete den Wahlprozess im Parlament als ein politisches Geschäft zwischen der DPK und *Gorran*, das darauf abziele, die finanzielle, politische und militärische Kraft der PUK zu schwächen (Hawlati, 29.04.2014, 1296, 1 und 3; Kurdistani Nwe, 30.04.2014, 6369, 1 und 3). Als am 18. Juni 2014 die neue Regierung der ARK unter der erneuten Führung von Nechirvan Barzani als Ministerpräsident bekannt gegeben wurde, läutete dies ein neues politisches Zeitalter in der ARK ein: Zum ersten Mal seit 1992 stellte die PUK weder den Posten des Parlamentspräsidenten noch denjenigen des Regierungschefs. «Die Regierung wurde nach neun Monaten geboren», so titelte «Hawlati» ironisch über das achte Kabinett, in dem neben der DPK und *Gorran* auch die PUK, die IUK, die IGK und Vertreter der Minderheiten saßen (Hawlati, 19.06.2014, 1332, 1 und 5). Die Regierung umfasste 29 Ministerposten, damit alle Parteien zufriedengestellt werden konnten.

Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings die Eroberungszüge des IS in vollem Gange und drohten schon bald die kurdische Region in existenzielle Gefahr zu bringen. Diese neue Entwicklung im Irak kam insbesondere Masud Barzani zugute, weil er seit Wochen und Monaten mit antiirakischen Parolen und Forderungen nach Selbstbestimmungsrechten für die Kurden im Irak warb, um unter anderem die Legitimität seines Postens als Präsident der ARK zu stärken und als der wahre Anführer der Kurden im Irak des 21. Jahrhunderts in die Geschichte einzugehen. Der Aufstieg des IS versetzte gleichzeitig die PUK in eine schwierige Lage, weil sie in Bagdad nicht nur den Posten des irakischen Präsidenten innehatte, sondern in der Zentralregierung des Irak die Möglichkeit sah, die Macht der DPK in der ARK zu brechen. Oppositionelle Gruppierungen wiederum hatten den Nachteil, über keine eigenen militärischen Truppen für die Verteidigung der ARK zu verfügen. Die DPK und die PUK führten jedoch verschiedene kampfbereite Peschmerga-Einheiten und stärkten ihre militärischen Kapazitäten im Zuge des Kampfes gegen den IS seit dem Sommer 2014. Sie profitierten auch davon, dass ab September 2014 eine internationale Koalition gegen den IS unter der Führung der USA geschmiedet wurde. Diese lieferte nicht nur der irakischen Armee, sondern auch der DPK und der PUK moderne Waffen und stellte finanzielle Mittel zur Verfügung. Ausserdem ermöglichten es die

schnellen Siege der kurdischen Peschmerga-Einheiten über den IS ab Oktober 2014, die Kurdenfrage zu internationalisieren und die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft für sich zu gewinnen. So wurden die irakischen und syrischen Kurden als die ‹Guten› bezeichnet, die die ‹Bösen› und ‹Schrecklichen› bekämpften. Entsprechend forderte Masud Barzani nun intensiver die Gründung eines kurdischen Staates im Irak: ‹Das Wichtigste ist, dass Kurdistan unabhängig wird. Es ist nicht wichtig, wer Präsident wird›, so Barzani im November 2014 (Xebat, 20.11.2014, 4687, 1).

Mit der endgültigen Verteidigung der mehrere Monate vom IS umzingelten Stadt Kobane im Nordosten Syriens durch die YPG, YPJ und kurdische Peschmerga-Truppen aus den Reihen der DPK und der PUK Anfang 2015 begann die ‹märchenhafte› Geschichte des Kampfes der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den IS. Die gemeinsamen Kampfhandlungen der verschiedenen kurdischen Gruppierungen trugen allerdings nicht dazu bei, die innerkurdischen Streitigkeiten zu beseitigen. Die ARK blieb eine von der DPK und der PUK kontrollierte Region ohne eine einheitliche Armee. Dabei waren die Peschmerga-Kämpfer auf beiden Seiten Angehörige der Unterschicht, die mehrheitlich aus finanziellen Gründen Waffen trugen. Auch die besonderen Herausforderungen – die Bedrohung durch den IS, die finanzielle Krise in der ARK im Zuge des Verfalls des Ölpreises und des Budgetstreites mit der irakischen Zentralregierung sowie die Flüchtlingsströme – begünstigten nicht die Bestrebungen, die verschiedenen Verwaltungen zu vereinheitlichen und die Rolle des Parlaments als Kontrollorgan zu stärken. Vielmehr verschärften diese neuen Gegebenheiten die politische und wirtschaftliche Krise in der ARK, weil die Politiker der ARK ohne einen nachhaltigen Plan arbeiteten und damit beschäftigt waren, die politischen Posten und die Ressourcen des Landes unter sich aufzuteilen.

Zu noch mehr Unruhen in der ARK trug Masud Barzani mit einem Brief vom 16. April 2015 an das Parlament, die Regierung und die politischen Fraktionen bei. Darin sprach er vom Verrat und der Feindseligkeit einiger kurdischer Akteure in der ARK, die es zum Ziel hätten, der nationalen Sicherheit und dem kurdischen Volk Schaden zuzufügen: ‹Es ist sehr bedauernswert zu beobachten, dass zur Bekämpfung des kurdischen Volkes eine neue Art der Untreue entstanden ist, die über verschiedene Kanäle für Bürgerkrieg, Spaltungen und Wiederbelebung der chaotischen Zustände wirbt›, so Barzani (Xebat, 19.04.2015, 4782, 1). Das Schreiben führte dazu, dass die PUK, *Gorran*, die IUK und die IGK eine Erklärung von Barzani verlangten, weil sie nicht verstanden, wen er damit meinte und

warum er solche Beschuldigungen aussprach. Zudem waren diese Parteien der Ansicht, dass Barzani schwere Vorwürfe erhob, ohne Beweise vorlegen zu können (Hawlati, 19.04.2015, 1536, 1 und 3). Zu den Hintergründen des Schachzugs von M. Barzani äusserte sich der damalige Parlamentspräsident, Dr. Youssif Mohammed Sadiq, in einer Sprachnachricht vom 23. Januar 2023 wie folgt gegenüber dem Verfasser dieser Arbeit:

«Es gab verschiedene Faktoren, die dazu geführt haben, dass Masud Barzani den Brief und im Laufe des Jahres 2015 ähnliche Erklärungen abgab. Die Hauptgründe waren jedoch das Scheitern der DPK, die Fraktionen im Parlament davon zu überzeugen, die Amtsperiode des Präsidenten der ARK ein weiteres Mal für zwei Jahre zu verlängern und die Revision des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK vom Jahr 2005 auf Eis zu legen. Ich habe in einer Sitzung mit den Vertretern der verschiedenen Fraktionen klargestellt, dass ich nicht bereit bin, irgendeine abgelaufene Amtsperiode der politischen Persönlichkeiten oder Institutionen zu verlängern, weil dieses Vorgehen nicht demokratisch wäre. Ich habe auch damit gedroht, sofort zurückzutreten, wenn die Fraktionen abgelaufene Amtsperioden verlängern würden. Die vier Vorschläge der Fraktionen der PUK (zwei), der *Gorran* (einer) und der drei islamistischen Gruppierungen (einer) für die Revision des Präsidentschaftsgesetzes habe ich ebenfalls auf die Agenda des Parlaments gesetzt. Diese sahen insbesondere vor, dass der Präsident der ARK nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt werden solle. Ein parlamentarisches und nicht präsidentielles System war also das Ziel der Fraktionen. In Anbetracht dessen, dass die DPK im Jahr 2018 akzeptiert hat, dass ein neues Gesetz über die Präsidentschaft der ARK verabschiedet und der Präsident vom Parlament gewählt werden darf, war die Hauptursache für die Wut der DPK die Nichtverlängerung der Präsidentschaft von Masud Barzani.»

Die PUK und *Gorran* intensivierten nach Barzanis Brief ihre Bemühungen, um auf der Grundlage ihrer früheren Abmachungen eine gemeinsame Strategie für die Neugestaltung der ARK zu entwickeln. Am 30. April 2015 gaben beide politischen Parteien bekannt, sich in vielen Fragen, wie der Verfassung und der Verwaltung der ARK, einig zu sein und das künftige politische System der ARK parlamentarisch ausrichten zu wollen (Hawlati, 30.04.2015, 1545, 1 und 3; Kurdistani Nwe, 30.04.2015, 6667, 1–2). Weitere Sitzungen zwischen PUK, *Gorran*, IUK und IGK zwecks Institutionalisierung der politischen Einrichtungen und insbesondere zur Revidierung des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK hatten zum Ergebnis, dass das

Parlament am 23. Juni 2015 ohne Beteiligung der DPK tagte. Drohungen der DPK, die Tagung des Parlaments würde zu einer Eskalation der Lage in der ARK führen, ignorierten die genannten politischen Fraktionen (Hawlati, 25.06.2015, 1585, 1 und 3). Dadurch bildete sich eine Allianz der ehemaligen Opposition mit Beteiligung der PUK, um den Posten des Präsidenten der ARK neu zu strukturieren und ein parlamentarisches System für die ARK durchzusetzen. Die DPK verurteilte das Vorgehen des Parlaments scharf und drohte mit Konsequenzen. Zur Zielscheibe der DPK wurde unter anderem der Präsident des Parlaments, Dr. Youssif Mohammed Sadiq, dem sie vorwarf, seine Neutralität verloren zu haben, weil er die Abhaltung der Sitzung zugelassen habe (Xebat, 24.06.2015, 4830, 1).

Von der neuen Situation profitierte vor allem die PUK, war die Partei doch ausschlaggebend dafür, ob sich die ehemalige Opposition oder die DPK im Kampf um die Einflussnahme durchsetzen würde. Dadurch konnte sie auch ihre Niederlage bei den Parlamentswahlen vom September 2013 teilweise kompensieren. Ferner rächte sich die PUK an der DPK, weil diese die PUK bei der Verteilung der Posten nach den Parlamentswahlen 2013 ignoriert und versucht hatte, deren Einfluss in der Provinz Sulaimaniya durch einen Verbund mit *Gorran* zu schmälern. Dutzende Sitzungen der fünf politischen Parteien DPK, PUK, *Gorran*, IUK und IGK, die mehrheitlich in den Politbüros der Parteien und nicht im Parlament stattfanden und das Ziel hatten, die Lage zu beruhigen und die offenen Fragen einvernehmlich zu lösen, endeten ohne Ergebnis. Vielmehr wollten die beiden Lager ihre Forderungen ungeschmälert durchsetzen und die kleineren Parteien auf ihre Seiten ziehen. So wurde aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen DPK, PUK, *Gorran*, IUK und IGK auch vermehrt eine mögliche endgültige Teilung der ARK in zwei Regionen in den Medien thematisiert. Die DPK und die PUK wiesen jedoch solche Vermutungen in ihren Mitteilungen zurück (Kurdistani Nwe, 13.08.2015, 6751, 1; Xebat, 25.08.2015, 4867, 1). Für eine permanente Diskussion sorgten – wie des Öfteren erwähnt – die verschiedenen Forderungen seitens der PUK, *Gorran*, der IUK und der IGK nach einer Revision der Verfassung und einer Anpassung des Gesetzes über die Präsidentschaft der ARK. Da der Posten des Präsidenten der ARK, den Masud Barzani als Präsident und alleiniger Lenker der DPK innehatte, eine rote Linie für die DPK darstellte, konnte jedoch keine Lösung für die politische Unruhe in der ARK gefunden werden. Nicht nur die Anpassung der Beschlussfassungen des Parlaments, sondern auch die Amtsdauer des amtierenden Präsidenten, die nun mehr als zehn Jahre währte, obwohl für

sie eigentlich höchstens acht Jahre vorgesehen waren, führten in der ARK zu einem kaum überwindbaren politischen Dilemma.

Mit Ablauf der (verlängerten) Amtszeit des Präsidenten der ARK am 20. August 2015 verschärfte sich die Lage weiter. Schliesslich gab auch die PUK bekannt, Masud Barzani nicht mehr als rechtmässigen Präsidenten der ARK anzusehen (Hawlati, 05.10.2015, 1647, 1 und 3). Nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Krise und die Nichtfortzahlung der Löhne der Regierungs- und Provinzangestellten führten ab Oktober 2015 zu erneuten ununterbrochenen Demonstrationen in der Provinz Sulaimaniya und in der innerhalb der ARK neu gegründeten Provinz Halabja (Bagdad erkennt Halabja bis anhin – Stand 2022 – nicht als Provinz an). Dabei wurden insbesondere mehrere Niederlassungen der DPK in Brand gesetzt und bei Auseinandersetzungen Dutzende Personen verletzt oder getötet (Hawlati, 11.10.2015, 1651, 1 und 4). Die DPK machte in erster Linie *Gorran* für die Angriffe auf ihre Parteisitze verantwortlich und gab unilateral bekannt, dass *Gorran* ab sofort nicht mehr Teil der Regierung sei. Auch den Parlamentspräsidenten, Dr. Y. M. Sadiq, erklärte die DPK als abgesetzt (Xebat, 13.10.2015, 4898, 1). Entsprechend liess die Partei am 12. Oktober 2015 nicht zu, dass einige Parlamentsmitglieder, die mit dem Präsidenten des Rates von Sulaimaniya nach Erbil zum Parlamentsgebäude unterwegs waren, Erbil betraten. Die PUK verurteilte dieses Vorgehen der DPK scharf (Kurdistani Nwe, 13.10.2015, 6793, 1ff.). Das Parlament konnte daraufhin mehr als zwei Jahre nicht tagen. Mit diesem Vorgehen der DPK wurde die Rolle des Parlaments, der Regierung und des Präsidenten weiter geschwächt und die Macht der DPK über die Geschehnisse in dem von ihnen traditionell kontrollierten Gebiet bestätigt.

Die ARK blieb damit eine Region, die nicht einheitlich regiert wurde und keine Fortschritte im Bereich der Institutionalisierung der politischen Einrichtungen erzielte. Doch während der Parlamentspräsident weiterhin das Gebäude des Parlaments nicht betreten durfte, blieb Masud Barzani Präsident der ARK und agierte auch als solcher, obwohl er weder vom Volk noch vom Parlament dazu legitimiert war. Diese neue Eskalationsstufe der politischen Lage in der ARK führte dazu, dass sich die PUK und *Gorran* der Zentralregierung in Bagdad annäherten, um von dort aus Druck auf die DPK auszuüben. So bat die PUK bei einem mehrtägigen Besuch in Bagdad die irakischen politischen Parteien im Dezember 2015 um Vermittlung und Einflussnahme, um die Probleme der ARK zu lösen (Hawlati, 13.12.2015, 1696, 1 und 3). Ferner gründeten die beiden politischen Gruppierungen im Juni 2016 einen gemeinsamen Präsidentenrat, um die Macht der DPK zu

brechen. Bei der ersten Sitzung des Rates in Anwesenheit von Vertretern der beiden Parteien machte N. M. Amin darauf aufmerksam, dass die neue PUK-Gorran-Allianz nun 42 Sitze im kurdischen und 30 Sitze im irakischen Parlament innehatte und damit versuchen könne, auf einem demokratischen und rechtmässigen Weg ein Gleichgewicht der Kräfte in der ARK herzustellen (Awene, 14.06.2016, 532, 1). Dadurch gewann innerhalb der PUK schleichend jener Flügel die Oberhand, der sich seit Jahren gegen das strategische Abkommen zwischen mit der DPK gewandt hatte. Doch Kosrat Rasul Ali, der erste Vizepräsident der PUK und Vizepräsident von Masud Barzani, der in Abwesenheit von Jalal Talabani die Geschäfte der PUK führte, pflegte keine guten Beziehungen zu N. M. Amin und einigen anderen Flügeln der PUK, sondern stand der DPK und Masud Barzani nahe. Auf diese Weise schwächte sich die PUK und konnte keine kohärente Politik gegenüber der DPK und anderen politischen Parteien sowohl in der ARK als auch in Bagdad verfolgen.

Die ARK wandelte sich aufgrund der zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen von einer Region, die als Modell für den Rest des Irak galt, zu einer Problemregion, die immer fragmentierter und handlungsunfähiger wurde und so z. B. die Löhne der Staats- und Provinzangestellten nicht mehr auszahlen konnte. Demzufolge wurde in der Provinz Sulaimaniya vermehrt diskutiert, ob es für die Menschen in der ARK nicht besser wäre, wenn sich die ARK auflösen würde und die einzelnen Provinzen direkt mit Bagdad zusammenarbeiten würden (Awene, 12.07.2016, 535, 1 und 9; Awene, 22.11.2016, 553, 2). Nicht nur war der politische Graben zwischen der DPK und der PUK-Gorran-Allianz so gross geworden, dass er kaum mehr überwindbar erschien, sondern auch die finanzielle Lage der Staatsangestellten in Bagdad und Erbil entwickelte sich auseinander. Während die Angestellten in der ARK alle zwei oder drei Monate einen halben Lohn erhielten, bekamen diejenigen unter der Kontrolle der irakischen Zentralregierung regelmässig ihre Löhne ohne jegliche Kürzung ausgezahlt. Daran änderten auch Demonstrationen und Streiks der Regierungs- und Provinzangestellten in den Provinzen Sulaimaniya und Halabja nichts. Entsprechend nahmen auch die Arbeitslosigkeit und die Armut in der ARK zu: Betrug die Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 noch 7,13 Prozent, so stieg sie im Jahr 2016 auf 13,53 Prozent. Die Armut bei den Menschen, die sich kaum Nahrungsmittel leisten konnten, lag im Jahr 2014 bei 3 Prozent und erhöhte sich im Jahr 2016 auf 13 Prozent (Awene, 06.09.2016, 543, 1). Zu Opfern der Politik der kurdischen Selbstverwaltung wurden nun auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in den Pro-

vinzen Sulaimaniya und Halabja, weil die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Dozierenden keinen Unterricht mehr gaben und vermehrt gegen die Politik der kurdischen Regierung auf die Strasse gingen (Awene, 15.11.2016, 552, 1).

Diese Entwicklungen und das bevorstehende militärische Ende des IS im Irak liessen demnach schnell die Frage aufkommen, wie es nach dem Niedergang des IS im Irak und in der ARK weitergehen würde. Politische Beobachter waren sich mehrheitlich einig, dass nach dem militärischen Sieg über den IS die Position der irakischen Regierung stärker und jene der ARK aufgrund der dortigen politischen Spannungen schwächer sein würde (Awene, 18.10.2016, 548, 1). Damit drohte insbesondere der DPK und Masud Barzani eine herbe Niederlage, weil sie seit Wochen und Monaten mit antiirakischen Statements für die Stärkung ihrer Rolle in der ARK warben und sich von Bagdad distanzieren. Masud Barzani übte Druck auf alle politischen Gruppierungen in der ARK aus, um sie zu veranlassen, die Rahmenbedingungen für das Abhalten eines Referendums über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak zu schaffen. Gleichzeitig erklärte Barzani sich am 20. November 2016 in einem politischen Manifest bereit, auf den Posten des Präsidenten zu verzichten und einen neuen politischen Prozess in der ARK nach ihm zu unterstützen, falls die Parlamentsmitglieder zusammenkämen und sowohl eine neue Regierung als auch einen neuen Präsidenten für die ARK wählten (Awene, 22.11.2016, 553, 2; Kurdistani Nwe, 22.11.2016, 7124, 1; Xebat, 21.11.2016, 5155, 1). Doch mehrere Sitzungen in den Politbüros der verschiedenen Parteien nach dieser Erklärung Barzanis führten zu keinem Ergebnis (Awene, 20.12.2016, 557, 1). Die *Gorran*-Bewegung, die sich in einem erbitterten Kampf mit der DPK befand, musste zudem den Schlag hinnehmen, dass ihr charismatischer Anführer, Nawshirwan Mustafa Amin, am 17. Mai 2017 nach einigen Monaten der Krankheit starb. Das schwächte die Position von *Gorran* enorm und hinterliess eine grosse Lücke in der Bewegung.

Bis Ende Mai 2017 konnte keine Einigung über die mögliche Abhaltung eines Referendums und die Wiederaufnahme der Arbeit des Parlaments erzielt werden. Die DPK, die sich nun in erster Linie darauf konzentrierte, jenen Teil der PUK für ihr Anliegen zu gewinnen, der im Streit mit den Anti-DPK-Flügeln der Partei lag, scheiterte mit ihren Vorschlägen zu einer Lösungsfindung immer wieder. Die Konzentration der DPK auf diese Gruppe innerhalb der PUK ging darauf zurück, dass nicht nur *Gorran*, sondern auch andere Flügel der PUK sowie die IGK nach den Ereignissen vom 12. Oktober 2015 nicht mehr bereit waren, mit der DPK zu kooperieren.

Doch die Konzentration der DPK auf eine mögliche Unabhängigkeit der ARK vom Irak half der Partei, kurdisch-nationalistische Entscheidungsträger innerhalb der verschiedenen Parteien für sich zu gewinnen. So wurde am 7. Juni 2016 in einer Sitzung der meisten politischen Parteien in der ARK – ohne *Gorran* und IGK – entschieden, dass am 25. September 2017 ein Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak abgehalten werden sollte (Kurdistani Nwe, 08.06.2017, 7288, 1; Xebat, 08.06.2017, 5287, 1). Als Präsident des Referendumsrates wurde Masud Barzani gewählt. Damit setzten sich Barzani und die DPK gegen ihre Rivalen innerhalb der verschiedenen Parteien durch. Keine Partei stand allerdings einstimmig hinter dem Referendum und dem Vorhaben von M. Barzani. Infolgedessen löste die Erklärung über das Referendumsdatum nicht nur grosse Empörung bei den meisten politischen Parteien in Bagdad und in den Nachbarländern des Irak aus, sondern hatte auch unter anderem kaum die Unterstützung wichtiger PUK-Funktionäre um den Talabani-Clan. Innerhalb der PUK bekam Masud Barzani vor allem von Kosrat Rasul Ali und einigen Mitgliedern des Politbüros Rückendeckung. Die meisten anderen Flügel und Mitglieder des Präsidiumsrates der PUK waren hingegen der Ansicht, dass eine politische Kraft, die das Parlament lahmlegte, kein Anrecht darauf haben sollte, über das Schicksal der Kurden im Irak zu entscheiden (Awene, 13.06.2017, 581, 1 und 3). Mahmud Raza Amin geht wie folgt auf die Beharrlichkeit der DPK ein, das Referendum trotz Warnungen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene auf den Weg zu bringen:

«Wir haben gesehen, dass das Referendum abgehalten wurde. Das Ergebnis haben wir ebenfalls bereits gesehen. Das ist nicht lange her. Ich wusste von Beginn an, dass sie [die DPK] das Referendum lancieren wird. Viele Funktionäre der *Gorran*-Bewegung waren jedoch der Ansicht, dass das Referendum über die Unabhängigkeit nicht abgehalten würde, sondern dass es nur ein politisches Manöver sei. Ich sagte ihnen aber wie oben erwähnt, dass er [der Barzani-Clan] unbedingt so schnell wie möglich einen kurdischen Staat will, weil wir heute gar keine demokratischen Institutionen [in der ARK] haben: Es herrschen die Milizen und die Sicherheitskräfte, die Polizei, die Peschmerga und die internationalen Beziehungen sind unter der Kontrolle von ihm [dem Barzani-Clan]. Zudem kontrolliert er [der Barzani-Clan] die Öleinnahmen, die Zolleinnahmen und alle Medien. Es gibt nichts in der [ARK], das nicht von ihm [dem Barzani-Clan] kontrolliert wird. Andere Parteien und das kurdische Volk verfügen über nichts. Entsprechend sind die

Rahmenbedingungen für ihn [den Barzani-Clan] perfekt, um aus der ARK einen kurdischen Staat zu machen, der von ihm noch härter regiert wird. Das habe ich bereits in einem langen Artikel erwähnt, den ich vor dem Referendum geschrieben habe» (siehe Anhang 12).

5.4 Das Referendum vom September 2017 und seine Folgen

Nachdem Masud Barzani Teile der PUK und der IUK für sein Referendumskomitee gewinnen konnte und dadurch in erster Linie jene parteipolitische Koalition spaltete, die aus der PUK, *Gorran*, der IUK und der IGK bestand, drängte er darauf, dass auch das durch seine Partei sistierte Parlament wieder seine Arbeit aufnahm. Nach langem Hin und Her konnte das Parlament schliesslich am 15. September 2017 mit Beteiligung von 68 Parlamentsmitgliedern unter anderem aus den Reihen der DPK, Teilen der PUK und verschiedenen Minderheiten tagen und sprach seine Unterstützung für den Referendumsrat und das Unabhängigkeitskomitee aus (Kurdistani Nwe, 17.09.2017, 7365, 1; Xebat, 17.09.2017, 5349, 1 und 6). Das Referendum wurde schliesslich am 25. September 2017 abgehalten und von über 92 Prozent der Wahlberechtigten gutgeheissen (Xebat, 28.09.2017, 5358, 1). Die Ablehnung des Urnengangs insbesondere durch die irakische, die iranische und die türkische Regierung führte jedoch dazu, dass die ARK unter enormen Druck geriet. Militärische Kampfhandlungen zwischen den Pro-Bagdad-Truppen und den Peschmerga-Einheiten der DPK und der PUK endeten im Oktober 2017 mit der Einnahme der «umstrittenen Gebiete» durch die proirakischen Einheiten. Um insbesondere die Stadt Kirkuk zu erobern, bekam die irakische Regierung Unterstützung von jenem Flügel der PUK um die Talabani-Familie, der gegen eine enge Zusammenarbeit mit der DPK und für eine bessere Beziehung zu Bagdad sowie *Gorran* war. So liessen Teile der Kämpfer der PUK aufgrund einer Entscheidung der Talabani-Familie die proirakischen Truppen ohne Kampf in die Stadt Kirkuk eindringen, und es gab Gerüchte, dass Spezialeinheiten der PUK an der Seite der irakischen Regierung gegen die DPK-Peschmerga kämpften.

Dadurch schwächten die Angehörigen des Talabani-Flügels nicht nur die Position von Masud Barzani und der DPK, sondern sie übernahmen die PUK und bestrafte jene Mitglieder von deren Politbüro, die eng mit Barzani und der DPK zusammenarbeiteten. Eine grosse Rolle dabei spielte der 1973 geborene Bafel Talabani, der ältere Sohn von Jalal Talabani. Unterstützt wurde Bafel Talabani durch seinen Cousin Lahur Scheich Jangi, der,

1975 geboren, seit Jahren eine Anti-DPK-Politik betrieb. Da Jalal Talabani am 3. Oktober 2017 starb, wollte die zweite Generation des Talabani-Clans um Bafel und Lahur die PUK selbst übernehmen. Der damit einsetzende interne Machtkampf innerhalb der PUK vertiefte die politische Krise in der ARK zusätzlich. Die ARK konnte sich nicht aus ihrer politischen Fragmentierung befreien und kaum Fortschritte im Bereich der Nationenbildung erzielen. Zudem verschärfte sich die Wirtschafts- und Finanzkrise, weil die irakische Regierung aufgrund der Abhaltung des Referendums, der Zerstrittenheit mit der DPK und der Ölfrage nicht mehr bereit war, Geld in die ARK zu schicken. Dadurch wurden in erster Linie Staats- und Provinzangestellte sowie die kurdische Zivilbevölkerung Opfer des Machtkampfes zwischen der DPK auf der einen Seite und anderen politischen Gruppierungen in der ARK sowie der Zentralregierung in Bagdad auf der anderen Seite. Sie gingen zwar wieder auf die Strasse, um ihrem Unmut Ausdruck zu geben; an ihrer Situation änderten die Demonstrationen jedoch kaum etwas.

Masud Barzani, der zum ersten Mal nach 2003 eine herbe politische Niederlage hinnehmen musste, räumte schliesslich seinen Posten als Präsident der ARK. In einem Brief, den er Ende Oktober 2017 an das kurdische Parlament richtete, bat er um die Wahl eines Nachfolgers für ihn (Xebat, 29.10.2017, 5379, 1). Die Wahl eines neuen Präsidenten für die ARK konnte jedoch nicht durchgeführt werden, weil sich die DPK und die PUK in einem – auch medialen – Machtkampf befanden und ihre Beziehungen zum Zerreißen gespannt waren. Nach seinem Rücktritt richtete Barzani zudem ein Büro ein, das weiterhin wichtige Entscheidungen traf und das Schicksal der ARK beeinflusste. M. R. Amin beschreibt dies und die Folgen des Referendums folgendermassen:

«Ich habe geschrieben, dass es nicht in unserem Interesse ist, das Referendum abzuhalten, weil es uns in vielerlei Hinsicht – wie unsere Beziehungen zu den internationalen und regionalen Akteuren, zu Bagdad, unsere Reputation usw. – schaden wird. Ich habe auch geschrieben, dass wir gegen Bagdad verlieren werden. Tatsächlich haben wir 51 Prozent der Gebiete, die im Kampf gegen Daesh unter die Kontrolle der Peschmerga gerieten, innerhalb von 24 Stunden verloren. Das Gute an diesem Referendum war, dass [Masud] Barzani zurückgetreten ist. Er kommt jetzt aber schleichend über das Barzani-Büro, das nun über die ARK herrscht, zurück. Der Chef des Barzani-Büros ist Masud Barzani, und sein Sohn sowie seine Neffen sind Mitglieder» (siehe Anhang 12).

Die Lage in der ARK blieb nach dem Referendum und den Ereignissen vom Oktober 2017 äusserst angespannt, weil die DPK die neue Führung der PUK um die Talabani-Familie als Verräter ansah und die PUK die DPK als rückständig und diktatorisch bezeichnete. Entsprechend nahmen die Differenzen zwischen den beiden rivalisierenden Parteien kontinuierlich zu und führten dazu, dass die Menschen in der ARK ein erneutes Aufflammen des Krieges befürchteten. Hinzu kam der Umstand, dass sich sowohl die PUK als auch *Gorran* nach dem Tod ihrer Anführer neu positionieren wollten und mit enormen internen Rivalitäten rangen. Ferner trat eine neue politische Bewegung namens *Jwlaneway Neway Nwe* (Neue Generationsbewegung, NGB) auf, die sich dem Kampf gegen die Korruption verschrieb. Sie konnte bei den Parlamentswahlen in der ARK vom 30. September 2018 gut abschneiden und 8 Sitze im kurdischen Parlament gewinnen. Der Gewinner der fünften Parlamentswahl in der ARK wurde aber erneut die DPK mit 45 Sitzen. Die PUK erhielt 21 Sitze, *Gorran* 12, die IGK 7 und die Liste der *«Allianz für Reform»*, die unter anderem die IUK miteinschloss, lediglich 5 Sitze; die restlichen Sitze gingen an die Minderheiten und kleinere Parteien (Mezhwy Halbzhardny Khwly Penjham 2018). Die angespannte politische Situation liess jedoch nicht zu, dass schnell eine neue Regierung gebildet werden konnte. Erst im Sommer 2019 konnten sich die Parteien auf die Konstituierung einer neuen Regierung einigen. Dabei wurde Masrur Barzani, der 1969 geborene Sohn von Masud Barzani, der neue Premierminister; Präsident der ARK wurde Nechirvan Barzani. Damit blieb die exekutive Macht erneut in den Händen der DPK und innerhalb der Barzani-Familie. Die ARK stand politisch wieder da, wo sie im Jahr 1992 angefangen hatte – mit dem einen Unterschied, dass die kurdischen Parteien Vertreter in Bagdad hatten und einige von ihnen gute Beziehungen zu den neuen Eliten des Irak aufgebaut hatten.

